



# aktuell

actuel

Monatszeitschrift des OGB-L - März 2002 - N° 3



**Rentenerhöhungen ab  
1. März rückwirkend  
garantieren**

Seite 11

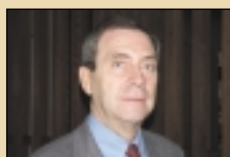


*Die Rentner des Privatsektors  
haben lange genug gewartet*

# Sommaire

# Inhalt

4



## Editorial

Der OGB♦L sorgt für Bewegung

6



## Soziale Fragen im Mittelpunkt

9



## Pavillon maritime

L'OGB♦L réclame des normes minimales

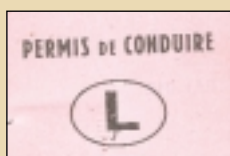
12



## Rententisch

Zusammensetzung muss die gleiche bleiben  
Erhöhungen ab 1. März rückwirkend garantieren

16



## Punkteführerschein

Wenig Zustimmung bei den Berufsfahrern

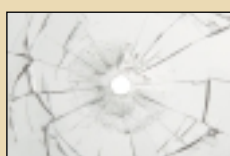
20



## 1. Mai in Thionville

Interregionale Demonstration  
mit OGB♦L Beteiligung

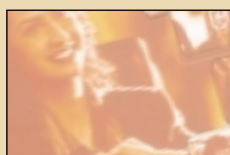
22



## Transports de fonds

Négocier au lieu de bloquer

27



## Internationaler Frauentag

Die Benachteiligung bleibt bestehen



# LËTZEBUERGER NISCHÉ - POLITIK



"AREMT LËTZEBUEG-  
WËI WÄIT MUSS DU  
DECH NACH  
PROSTITUËIEREN?"

NO DE CAMIONEN D'SCHËFFER

CAMIONEN WAREN ALT NACH MËI  
EINFACH ZE BESCHLAGNAHMEN!



AM TRANSPORTMINISTERE:

HEI AS NACH  
NIE E FRANG  
IWWERT MÄI  
PULT GAANG!

WIERKLECH, MIR HUN ZU  
LËTZEBUEG 1200 KAPPSCHLÄCHTER  
UGEMELT!



# *Der OGB♦L sorgt für Bewegung*

Die "Kralowetz-Affäre" wurde am 22. Januar 2002 von der Staatsanwaltschaft München los getreten. Dass sie in Luxemburg thematisiert und nicht unter den Teppich gekehrt wurde, ist ohne Zweifel im Wesentlichen das Verdienst des OGB♦L. Unsere Aktionen haben dazu geführt, dass über Kralowetz - stellvertretend für viele andere Betriebe und Sektoren - im nationalen und europäischen Parlament diskutiert und anschließend gehandelt wurde. Kralowetz war auch Thema für die EU-Kommission und den EU-Gipfel in Barcelona und man darf gespannt sein, wie die Antworten und Reaktionen der parlamentarischen Spezialkommission respektive der Regierung aussehen werden. Unterstützung in unserer Aktion erhielten wir von der Partei "Déi Gréng", der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr im ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) und den zuständigen Zollverwaltungen aus Österreich und Deutschland. Letztendlich bestätigt der "Kralowetz-Prozess" die Haltung und die Aussagen des OGB♦L und dies allen ministeriellen Anrempelungen und Gedächtnislücken zum Trotz.

Es gilt nun die richtigen Lehren zu ziehen, die nationale Gesetzgebung zu straffen und auch in der EU klare und kompromisslose Regeln, Kontrollen und Strafbestimmungen festzulegen.

Die luxemburgische Regierung hat reagiert, indem nun ein Gesetzesprojekt zur Einführung einer so genannten "E-Arbeitserlaubnis" vorliegt, das vom OGB♦L noch definitiv zu begutachten bleibt. Es basiert allerdings auf Forderungen und Vorstellungen des OGB♦L, der die Einführung einer Quotenregelung für die Beschäftigung von Nicht-EU Arbeitnehmern gefordert hatte, gekoppelt an die Pflicht, dass diese Arbeitnehmer unter die

Bestimmungen des Luxemburger Kollektivvertrages fallen und in Luxemburg sozialversichert sind.

## Die EU: wenig sozial

Rund 100.000 Gewerkschafter und 300.000 Globalisierungsgegner manifestierten getrennt gegen eine wenig soziale EU respektive eine kapitalistische EU in einer globalisierten Welt.

Der Gipfel von Barcelona hat einmal mehr den Beweis erbracht, dass die Wirtschaft den absoluten Vorrang im Denken und Handeln hat und dass das Soziale weiterhin Nebensache ist. Wer redet schon gerne von 17 Millionen Arbeitslosen und den aber Millionen, die in Armut leben und ausgegrenzt sind? Wieso wird anstatt über Sozialreformen in der EU, über eine Harmonisierung nach oben und eine Absicherung der europäischen Sozialkultur immer nur von Modernisierung und Privatisierung gesprochen? Diese sind im Endeffekt gleichbedeutend mit dem systematischen Abbau unserer bestehenden und bewährten Sozialsysteme, die auf der Basis der nationalen Solidarität und einer starken staatlichen Beteiligung funktionieren und die ständig eine gerechte "Umverteilung" und eine maximale soziale Absicherung für alle garantieren.

Den Gewerkschaften, bei uns im Land und in Europa, bläst ein rauher Wind ins Gesicht und sie werden noch andere Aktionen als Massendemonstrationen entwickeln müssen, um eine gerechte europäische Sozialpolitik durchzusetzen.





**John Castegnaro**  
Präsident

## Und die Nischenpolitik?

Ist sie nicht das Resultat einer EU-Marktwirtschaft, in der Wirtschafts- und Sozialdumping den Vorrang vor Ordnung, Sicherheit und Menschlichkeit haben?

Herr Kralowetz behauptete dieser Tage vor Gericht, er sei das eigentliche Opfer. Welche Arroganz und Überheblichkeit seitens eines Ausbeuters, der im großen Stil moderne Sklaverei betrieben hat, auch auf das Konto vieler seriöser Betriebe!

Der OGB♦L hat in einem Schreiben den Staatsminister aufgefordert, die so genannte Nischenpolitik in Luxemburg zur Diskussion zu stellen. Brauchen wir sie und wenn ja, wo sind die präzisen gesetzlichen Auflagen? Es geht um den guten Ruf Luxemburgs, aber es geht auch um das Schicksal von Menschen, die durch ein brutales, jedoch weitgehend legales System, früh-kapitalistischen Ausbeutungsmethoden unterworfen wurden.

## Wir mobilisieren

Der OGB♦L wird Sorge tragen, dass er auf seine Fragen konkrete Antworten bekommt. Dies gilt auch für die Nischenaktivitäten "Hochseeflotte", "Rheinschiffahrt" und "Kopfschlächter".

Mit Bestimmung werden wir auch die Umsetzung der, durch unsere Mobilisierungskampagne möglich gewordenen Rentenver-

besserungen, verlangen. Der OGB♦L hat bereits am 21. Januar den zuständigen Ministern in Gesprächen klar gemacht, dass die Rentenreform in jedem Fall ab dem 1. März 2002 in Kraft treten muss, falls notwendig rückwirkend! Zu viele Jahre sind den Rentnern des Privatsektors gestohlen worden, als dass jetzt das Feilschen um einen Monat oder gar die Retroaktivität beginnt. Dann werden wir anders reagieren ...!

Die laufenden Generalversammlungen, die äußerst gut besucht sind, die vielen Rentenaufklärungsversammlungen an denen mehrere tausend teilnahmen und die Immigrierten-Generalversammlungen verdeutlichen, dass die OGB♦L Basis motiviert ist und bleibt.

Dies gilt auch für die neue Kampagne "Mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Betrieben".

Der OGB♦L hat in den letzten Monaten für Bewegung gesorgt und so wird es weitergehen!

# Soziale Fragen im Mittelpunkt

## *Straßengütertransport und Hochseeflotte*

Der OGB♦L begrüßt die Absicht der Regierung, mittels der Schaffung einer so genannten E-Arbeitsgenehmigung im Transportsektor, eine Lösung im Sinn einer kontrollierten Öffnung des Arbeitsmarktes auch für Fahrer aus EU-Beitrittsländern herbeizuführen. Die gesetzliche und reglementarische Umsetzung dieser Maßnahme, könnte aus dem Dilemma der Nischenpolitik in unserem Land heraus führen und u.a. im Straßengüterverkehr und bei der Hochseeflotte, soziale Standards einführen, die dem Dumping ein Ende bereiten würden. Der OGB♦L erinnert an seine Forderung nach einer "Quotenregelung", laut der ein gewisser Anteil an Nicht-EU-Bürger eingestellt werden dürfte, diese dann aber in Luxemburg sowohl sozialversichert als auch nach Luxemburger Arbeitsrecht entlohnt werden müssen.

### **Nischenpolitik: Gefahren und Chancen**

Aufgrund der negativen Erfahrungen im Dossier Kralowetz und den Diskussionen um die Hochseegesellschaften, verlangt der OGB♦L in einem Brief an den Staatsminister eine offizielle Auseinandersetzung mit der Nischenpolitik. In dem gleichen Schreiben will der OGB♦L wissen, welche Nischen es in Luxemburg noch gibt, was das Land eigentlich an Nischen braucht, welche zukünftige Orientierung die Politik für Luxemburg anstrebt, ob und welche Kontrollmöglichkeiten der Staat sich vorbehalten will und was eigentlich der politische Wille sei.

### **Rentenerhöhungen zum 1. März 2002 rückwirkend garantieren**

Da nun vieles darauf hinweist, dass die legislative Prozedur und steuertechnische Probleme die Umsetzung des schwierigen Gesetzesprojektes verzögern könnten, hat der OGB♦L in einem Brief an den Sozialminister Carlo Wagner seine Forderung nach einer retroaktiven Auszahlung der Pensionen wiederholt. Bereits anlässlich einer Unterredung mit den Ministern Wagner, Jacobs und Biltgen am 21. Januar 2002, hatte der OGB♦L auf der Umsetzung der Rentenerhöhungen zum 1. März bestanden.

Auch wenn die Umsetzung der Bestimmungen des Rententisches einen großen legislativen und fiskaltechnischen Aufwand bedeutet, so darf die Komplexität des Dossiers jedoch kein Vorwand werden, um die Anpassung der Renten zu vertagen. Die Renterhöhungen müssen ab dem 1. März 2002 garantiert werden, und der Minister wurde aufgefordert in diesem Sinn ein Signal an die Regierung und die Rentner Luxemburgs zu geben.

### **Dekonventionierung der Ärzte: ein kategorisches Nein**

Der OGB♦L unterstreicht nochmals seine Opposition gegenüber den Forderungen der Ärztevertreter, die versuchen die Dekonventionierung der Leistungsanbieter im Gesundheitswesen einzuführen.

Der OGB♦L bedauert, dass die Ärztevertreter sich auf die Forderung der Dekonventionierung fokalisieren und die echten Probleme der einzelnen

Arztgruppen unbeachtet lassen. So könnte der Verdacht entstehen, dass hier die Tür auch für eine andere Gruppe Leistungserbringern aufgestoßen werden soll; so wird berichtet, dass schon heute an wenigstens drei Standorten unseres Landes internationale Konsortien Kliniken aufrichten möchten, um beim Wegfall der Konventionspflicht das große Geld zu verdienen.

Der OGB♦L ist bereit, alle echten Probleme, die in unserem Gesundheitswesen und in der Gesundheitsversorgung bestehen mit allen Leistungserbringern zu diskutieren, um echte, nachhaltige Lösungen zu finden. Ziel des OGB♦L bleibt aber nach wie vor die Forderung nach dem garantierten und gleichberechtigten Zugang aller Versicherten zu allen Infrastrukturen unseres Gesundheitswesens.

Der OGB♦L ist gegen die Einführung der 2-Klassenmedizin in Luxemburg, wie sie heute als abschreckendes Beispiel bereits in den USA, Grossbritannien, Portugal, ... usw, besteht.

Der OGB♦L ruft daher alle Bürger auf, sich gegen die Einführung der 2-Klassenmedizin zu wehren und zusammen für den Erhalt und den Ausbau unseres Gesundheitswesen, das auf der nationalen Solidarität beruht, zu kämpfen.

---

*Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir die jeweiligen Schreiben an die zuständigen Minister.*

# Politique des niches de marchés

Bureau Exécutif

Monsieur le Premier Ministre  
Jean-Claude Juncker  
L-2910 Luxembourg

Esch/Alzette, le 14 mars 2002

Monsieur le Premier Ministre,

Suite à l'évolution du dossier Kralowetz et dans le cadre des discussions entamées au sujet du pavillon maritime, l'OGB♦L s'interroge sur la politique dite des niches de marché poursuivie par le Luxembourg.

Si l'introduction d'un permis de travail E laisse entrevoir la volonté du Gouvernement de remédier aux problèmes inhérents au système et d'adopter une ligne de conduite visant à lever les ambiguïtés et d'éviter des retombées qui finalement nuisent à la bonne réputation du Luxembourg, nous demandons au Gouvernement des renseignements sur la politique globale définie en la matière et plus précisément sur les points suivants:

1. L'accord de coalition de 1999 prévoyait e.a. : " Une politique active de diversification et de développement des activités économiques sera également poursuivie par le Gouvernement. Elle se fondera sur deux piliers:
  - ♦ la prospection d'investisseurs étrangers ;
  - ♦ la promotion du développement endogène des entreprises établies. "

Quelle est l'interprétation du texte qu'il convient d'en faire dans le contexte actuel ? Quels sont les avantages et opportunités, mais aussi les contraintes qui découlent d'une politique des niches économiques pour notre pays ? Quels sont à ce jour les activités et secteurs concernés ? Existe-t-il des moyens de recensement et de contrôle des sociétés dites boîtes aux lettres ou virtuelles ?

2. Quelle est l'orientation future du Gouvernement en cette matière? Quelle sera la stratégie adaptée à court et moyen termes ?
3. L'accord de coalition de 1999 préconisait aussi la mise en œuvre " d'une série d'adaptations qualitatives du cadre légal et réglementaire en ce qui concerne le fonctionnement des marchés." Est-ce que le Gouvernement a donc prévu de légiférer en la matière, notamment en introduisant des normes et standards minima sur les plans social, fiscal et économique ? Quelles sont les mesures prévues pour ne pas défavoriser voire pénaliser les entreprises indigènes ?

Devant l'envergure du problème, l'OGB♦L tient à répéter que dans l'intérêt de la qualité de vie au Luxembourg et du maintien de la paix sociale, les aspects qualitatifs de la croissance et le caractère durable du développement économique, social et écologique doivent revêtir une priorité absolue.

Convaincus que ce nouveau défi apparu avec la globalisation ne pourra être affronté que par le renforcement et le perfectionnement du cadre légal et réglementaire, nous espérons que le Gouvernement partagera notre appréciation de la situation.

Dans l'attente de vous lire à ce sujet, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Premier Ministre, l'expression de notre haute considération.

John Castegnaro  
Président



# Une nouvelle affaire Kralowetz ?

Bureau Exécutif

Monsieur le Ministre des Transports  
Henri Grethen  
L-2938 Luxembourg

Esch/Alzette, le 13 mars 2002

Monsieur le Ministre,

Nous accusons réception de votre lettre du 4 février 2002 nous informant sur l'état des discussions en matière de transposition en droit national de la directive 1999/63/CE du 21 juin 1999 et sur votre analyse des opportunités qui s'offrent.

Dans le même contexte et soucieux qu'en matière de pavillon maritime luxembourgeois, l'image de marque de notre pays ne souffre d'une affaire Kralowetz "bis", l'OGB♦L vous demande de convoquer une table ronde avec tous les acteurs concernés afin de définir des standards sociaux clairs et des règles sociales minimales.

Cette table-ronde devrait utilement réunir sous votre égide, des représentants de votre ministère, les armateurs réunis dans l'ALIM, ainsi que les organisations syndicales représentatives sur le plan national qui justifient d'une représentativité suffisante des marins, soit par affiliation directe, soit à travers un lien organique ou conventionnel avec une organisation syndicale représentative du personnel maritime.

Parmi les principaux objectifs de cette la table-ronde devraient s'inscrire prioritairement une analyse approfondie du dossier pour y apporter la transparence nécessaire, la définition de la notion de "pavillon de complaisance" ainsi que la fixation de normes contraignantes sociales et autres.

Finalement devraient s'y dégager des méthodes préventives, législatives et sociales et la mise en place d'instruments de contrôle efficaces dans le domaine social et de l'environnement.

L'OGB♦L se tient à votre entière disposition pour une première réunion avec tous les acteurs impliqués lors de laquelle les problèmes y relatifs seront évoqués avec toute l'attention et le sérieux qu'on leur doit, réunion que vous fixerez à la date et l'heure qui vous conviennent.

Dans l'attente de vous lire dans les meilleurs délais, je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma haute considération.

John Castegnaro  
Président



# Pavillon Maritime

**Conférence de presse  
du 12 mars 2002  
sur le pavillon maritime**

## **L'OGB♦L réclame des normes sociales minimales**

Pour éviter que l'image de marque du pays ne souffre d'une affaire Kralowetz bis, le président de l'OGB♦L John Castegnaro réclame une table ronde susceptible de déboucher sur des standards sociaux clairs. Aussi dans l'intérêt des matelots.

(Jean-Marie Denninger, La Voix du Luxembourg)

Après l'affaire Kralowetz, le pavillon maritime. L'OGB♦L réclame l'organisation d'une table ronde avec tous les acteurs de ce secteur d'activité - armateurs, syndicats - sous l'égide du ministère des Transports.

Objectif de cette tripartite qui n'en porte pas le nom: analyser le dossier pour amener la transparence, clairement définir un distinguo entre pavillon maritime et "de complaisance", mais aussi fixer des normes, sociales et autres, sans lesquelles aucun bateau ne pourra battre pavillon. Car trop souvent encore, des bateaux localisés au Luxembourg sont classés de complaisance parce que les armateurs ne respectent pas les règles sociales minimales.

Cette initiative fait suite à une entrevue entre les responsables du syndicat et Marc Glodt, le commissaire aux Affaires maritimes. Et à de récentes déclarations du ministre des Transports, Henri Grethen, dont on sait qu'il ne fut jamais un farouche partisan de l'immatriculation de flottes d'autres pays au Luxembourg. Pas plus tard que lors d'un congrès de circonscription de son propre parti, il avait évoqué l'éventualité de la suppression du pavillon de complaisance.

L'OGB♦L le prend donc au mot. Son président, John Castegnaro attend des actes. "Contrairement à la dramatique de l'affaire Kralowetz, il serait possible, dans ce cas, de tirer des leçons. Dans le calme et avec raison", commente-t-il.

### 2.500 matelots

Certes, le leader syndical n'a jamais porté l'initiative du pavillon maritime dans son coeur. Mais, il se veut aussi réaliste. Les politiciens l'ont mis en place, voilà une douzaine d'années. A présent, "il serait malvenu de jeter le bébé avec l'eau du bain", image John Castegnaro qui s'interroge aussi sur l'intérêt d'une politique des niches de marchés amenant plus de problèmes que d'avantages.

L'idée du pavillon maritime est née à un moment où les armateurs belges ont voulu délocaliser leur flotte en raison des charges salariales dans leur pays. Et plutôt que de voir les sociétés s'installer sur une île des Caraïbes, les autorités belges ont jeté un regard bienveillant sur le transfert vers le Luxembourg.

Mais si déjà le pays se dote d'un savoir-faire dans un domaine jusque là étranger, autant mener la démarche à son terme. D'autant que ce secteur rapporte quelque 125 millions d'euros, soit un milliard de francs, avec ses 200 sociétés maritimes inscrites au Luxembourg, fortes de 160 bateaux de commerce et yachts (servant à des activités touristiques). Voilà qui devrait représenter quelque 2.500 matelots dont seulement 250 sont assurés sociaux au Luxembourg. Mais les informations disponibles s'arrêtent là.

Si ce n'est que sur le plan de la gestion et des procédures, le commissariat aux Affaires maritimes semble fonctionner de manière optimale. Mais pour ce qui est du respect des règles sociales ou touchant à l'environnement, cela paraît bien plus flou. Au minimum au niveau du contrôle.

Imaginez l'Erika battant pavillon luxembourgeois! "Une partie du contrôle est bien faite, mais dès qu'il s'agit du social, on mesure moins d'un mètre vingt", constate amèrement John Castegnaro.



# Table ronde pensions

Bureau Exécutif

Monsieur le Ministre de la Sécurité Sociale  
Carlo Wagner

L-2936 Luxembourg

Esch/Alzette, le 14 mars 2002

Monsieur le Ministre,

Lors de notre réunion du 20 janvier 2002, lors de laquelle nous avons abordé avec vous ainsi que vos collègues, les ministres du Travail et de la Famille les suites à donner aux décisions prises par la table-ronde sur les pensions, nous avons convenu que vous vous chargerez de nous procurer le verbatim des discussions afin d'éliminer toute ambiguïté possible sur la date de mise en application des augmentations des pensions. Or, à ce jour, nous ne sommes toujours pas en possession des documents.

En tout état de cause, la procédure tant législative que fiscale transposant lesdites mesures, semble être complexe au point que les délais ne pourront pas être respectés.

Dès lors l'OGB♦L exige l'adaptation rétroactive des pensions au 1er mars 2002 et vous demande d'émettre un message clair dans ce sens tant à l'adresse du Gouvernement qu'à l'adresse des milliers de pensionnés concernés.

Dans l'attente de vous lire à ce sujet, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de notre haute considération.

John Castegnaro  
Président

## Retard CMEP

Communiqué  
de  
presse

Le comité directeur de la Caisse de maladie des employés privés informe ses assurés que les remboursements accusent actuellement un retard de +/- 2 mois, voire 3 mois pour certains dossiers.

Ces retards sont dus d'une part à l'accroissement considérable du nombre des dossiers présentés pour remboursement et d'autre part à un manque de personnel suite à quelques départs et quelques congés de maladie de longue durée.

Depuis le 1er février le comité directeur a l'autorisation de la part du Ministère de la Sécurité Sociale pour procéder à l'engagement de neuf agents supplémentaires.

Or, comme ces engagements doivent se faire dans les conditions et formes telles que prévues pour l'engagement des fonctionnaires de l'État, les nouveaux agents n'arriveront sur le terrain qu'après plusieurs mois.

Le comité-directeur et l'administration de la caisse feront néanmoins tout leur possible pour venir à bout des retards actuels et dans ce contexte ils prient les assurés de patienter et ne pas submerger l'administration par des appels téléphoniques réitérés pour se renseigner sur les délais de paiements.

Ils tiennent à confirmer aux assurés que leurs envois ne sont pas égarés, mais que les retards sont évacués progressivement.

Quant aux renseignements généraux dont les assurés peuvent avoir besoin, il est souligné que le site Internet [www.cmep.lu](http://www.cmep.lu) est à disposition de tout intéressé pendant 24/24 heures.

Pour le Comité-directeur de la Caisse de maladie des employés privés  
Le Président  
Dr Claude Bollendorff

## Fortsetzung des Rententisches auf der Ebene von Arbeitsgruppen

### Zusammensetzung muss die gleiche bleiben

Anlässlich seines Nationalvorstandes vom 19. Februar 2002 bestätigte der OGB♦L seine Forderung nach der Miteinbeziehung der politischen Parteien in die drei Arbeitsgruppen "Individualisierung der Rechte", "dynamische Laufbahnen" und "alternative und zusätzliche Finanzierungsquellen", die aus dem Rententisch hervorgegangen sind.

Nur auf diese Weise kann garantiert werden, dass die neuen Wege, die von den Gremien aufgezeichnet werden, von der Politik mit getragen und verantwortungsvoll umgesetzt werden.

Der OGB♦L fordert daher den Sozialminister auf, seine Entscheidung zu überdenken und die politischen Parteien in die Vorarbeiten mit einzubeziehen.

## Schwierige Umsetzung der Bestimmungen des Rententisches

### Rentenerhöhungen ab 1. März rückwirkend garantieren

Bereits anlässlich seiner Unterredung mit den Ministern Biltgen, Jacobs und Wagner am 21. Januar dieses Jahres, hatte der OGB♦L unmissverständlich klargestellt, dass die vom Rententisch beschlossenen Verbesserungen zum 1. März 2002 in Kraft treten müssen.

Da nun vieles darauf hinweist, dass die legislative Prozedur und steuer-technische Probleme die Umsetzung des schwierigen Gesetzesprojektes verzögern könnten, wiederholt der OGB♦L seine Forderung nach einer retroaktiven Auszahlung der Pensionen.

Die Komplexität des Dossiers darf jedoch kein Vorwand werden, um die Anpassung der Renten zu vertagen. Die Renterhöhungen müssen ab dem 1. März 2002 garantiert werden, und die Politik müsste eigentlich mit einer verbindlichen Aussage in diesem Sinn ein Signal an die Rentner Luxemburgs geben.

Die Rentner des Privatsektors haben lange genug auf eine Rentenerhöhung und damit ein konkretes Stück "Rentengerechtigkeit" gewartet!





**5. März 2002:  
schon wieder 100 Konkurse**

## Nägel mit Köpfen machen

Letzten Zahlen zufolge gab es in Luxemburg am 5. März 2002, bereits wieder 100 Konkursklärungen von denen 206 Arbeitnehmer (davon 110 Einheimische und 96 Grenzgänger) betroffen waren.

Diese neue Rekordzahl wirft die Frage auf, ob seitens der Ministerien und der Justiz wirklich nichts unternommen wird, um zumindest vorsätzliche Bankrotterklärungen mit der nötigen Konsequenz auszumerzen.

Die gegenwärtige Diskussion über das neue Niederlassungsgesetz, das mit der Umsetzung von zwei EU-Direktiven einhergeht und eng mit der Kralowetz-Affäre verbunden ist, bietet eine einmalige Chance den gesetzlichen Rahmen neu zu stecken. Daher ergeht ein Appell an alle im Parlament vertretenen Parteien, diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

In diesem Sinn erneuert der OGB♦L auch seine Forderung nach einer Straffung der gesetzlichen Auflagen und anderer Bestimmungen zur Erteilung von Handelsermächtigungen und verlangt eine strengere Ahndung der Delikte.

## OGB♦L auch für die Nichtumsetzung der EU-Biopatentdirektive

### Konsequent für Neuverhandlung eintreten

Nachdem Greenpeace in Luxemburg die Diskussion um die Umsetzung der Biopatentdirektive entfacht und durch ihre Petitionsliste untermauert hatte - auch OGB♦L Verantwortliche hatten diese Liste mit unterzeichnet - begrüßt der OGB♦L, dass die Parlamentarier sich mehrheitlich gegen eine Umsetzung der EU-Biopatentdirektive in nationales Recht ausgesprochen haben und damit dem Gutachten des Nationalen Ethikrates Rechnung getragen haben.

Für den OGB♦L geht es bei der Diskussion um die Patentierung menschlicher Gene und Teile des menschlichen Körpers nicht nur um die Verteidigung ethischer Werte gegen die wirtschaftlichen Interessen einiger Großkonzerne, sondern vielmehr um die Erschließung eines Forschungsgebietes mit weitreichenden und im Moment nicht überschaubaren Konsequenzen.

Neben diesen grundsätzlichen ethischen Überlegungen geht es für den OGB♦L bei der geforderten Überarbeitung der EU-Direktive auch darum, zu verhindern, dass die Forschungsergebnisse, durch das Vorhandensein von finanziellen Schranken, der großen Allgemeinheit vorenthalten werden.

Auch dies wäre ein Vorstoß in Richtung 2-Klassen-Medizin, gegen die der OGB♦L seit Jahren vehement eintritt.

In dem Sinne spricht auch der OGB♦L sich dafür aus, dass die besagte und umstrittene EU-Richtlinie in Brüssel neu verhandelt werden muss.



# Peridural-Anästhesie

## *Ein Erfolg des OGB♦L im Sinn aller zukünftigen Mütter*

Am 20. November 2001, hatte der OGB♦L in einem Brief an den Sozialminister Carlo Wagner und den Präsidenten der Krankenkassenunion (UCM) Robert Kieffer die Übernahme der Kosten für die Peridural-Anästhesie gefordert. Bis dahin hatte die Krankenkassenunion immer argumentiert, die Risiken der Peridural-Anästhesie für die Frau und das Ungeborene seien zu groß und verweigerte die Rückerstattung.

Aufgrund von Studien, die belegten, dass durch den medizinischen Fortschritt, ein großer Teil der Risiken ausgeschlossen, der natürliche Schmerz wesentlich gelindert und die gebärende Frau durch diese lokale Anästhesie wesentlich bei der Geburt entlastet werden kann, wurde der Statutenkommission der UCM, diese Abänderung vorgeschlagen.

Diese befand, dass die Peridural-Anästhesie als Bestandteil des medizinischen Beistands während der Geburt im Sinn des Artikels 26 des Code des Assurances Sociales zu betrachten sei.

Anschließend an diese Stellungnahme, wandte die UCM sich am 12. März 2002 in einem Brief an den Sozialminister, um ihm die Einbindung der Peridural-Anästhesie in den "forfait d'accouchement" vorzuschlagen. Nun fordert der OGB♦L den Minister auf, schnell zu reagieren und diese generelle Lösung im Interesse aller Frauen zügig umzusetzen.

Durch diesen erneuten Erfolg des OGB♦L konnte ein weiterer Schritt in Richtung Verbesserung des Leistungskatalog gemacht werden, der dem medizinisch-technischen Fortschritt und den berechtigten Ansprüchen der Bürger auf eine optimale Gesundheitsversorgung entspricht.

## CHANGEMENT d'ADRESSE et/ou d'EMPLOYEUR

Il est important de communiquer vos changements d'adresse, de patron, non seulement à la commune, à l'employeur, à vos établissements financiers, au Centre Commun de la Sécurité Sociale (Département Affiliation), à la Caisse Médico-Chirurgicale Mutualiste, mais également à votre syndicat.

Avis de changement à découper et à envoyer à l'OGB♦L, Monsieur Albert Hirtz - B.p. 149 - L-4002 Esch/Alzette  
ou à faxer au (+352) 54 16 20

Nom et prénom: ..... Matricule de Sécurité Sociale:.....

Matricule OGB♦L: ..... Date de naissance:.....

### CHANGEMENT D'ADRESSE

#### Anciennement:

Rue et numéro .....

Code postal..... Localité .....

#### Actuellement:

Rue et numéro .....

Code postal..... Localité .....

### CHANGEMENT D'EMPLOYEUR

Anciennement:.....

Actuellement:.....

# *Confédération Européenne des Syndicats*

## *Travail temporaire: une bonne décision de la Commission*

La CES tient à saluer la décision prise par la Commission le 20 mars concernant une proposition de directive sur le travail temporaire.

Cette décision était attendue avec impatience par la CES, suite à l'échec des négociations avec l'UNICE et le CEEP dû à l'intransigeance patronale.

Le président Prodi et la Commissaire Diamantopoulou

ont fait preuve de détermination, conformément à leur engagement réaffirmé lors du Sommet Social de Barcelone, en présentant cette initiative malgré un lobbying acharné de nombreuses organisations patronales et de certains gouvernements.

En prenant cette décision, la Commission a assumé ses responsabilités politiques selon le Traité donnant ainsi un signal clair à ceux qui prétendent au nom

d'une modernisation dérégulatrice remettre en question les droits sociaux.

La CES suivra avec attention les débats qui vont à présent se dérouler au sein du Conseil et du Parlement européen afin d'aboutir rapidement à un texte garantissant effectivement l'égalité de traitement et de bonnes conditions d'emploi pour les travailleurs et travailleuses ayant cette forme de travail.

## *Conseil Européen de Barcelone*

### *Résolution adoptée par le Comité Exécutif de la CES, Bruxelles, 11-12 mars 2002*

1. Ces derniers mois, l'économie européenne a subi un sérieux ralentissement et les perspectives à venir restent incertaines. Des pertes d'emplois massives sont annoncées presque quotidiennement. Le chômage risque de repartir à la hausse et les inégalités sociales de se creuser davantage.

Face à cette situation, la CES demande que le Conseil Européen de Barcelone donne la priorité au soutien de la croissance et de l'emploi. En absence de pressions inflationnistes, la BCE est censée contribuer à cet effort par la réduction des taux d'intérêt.

L'ECOFIN doit sortir de sa passivité et exploiter les marges de manœuvre qui existent pour des politiques de relance de l'activité en réalisant une véritable coordination économique au niveau européen.

Un nouveau cycle d'investissements substantiels est nécessaire, axé plus particulièrement sur les technologies novatrices respectueuses de l'environnement, contribuant à créer les conditions du développement durable et en particulier sur les infrastructures de la société de l'information.

Ce n'est qu'en agissant ainsi que le Conseil Européen peut garder le cap de la stratégie de Lisbonne.

2. La CES s'alarme du fait qu'à la veille de Barcelone plusieurs gouvernements ainsi que le patronat européen s'orientent dans une toute autre direction mettant l'accent uniquement sur la libéralisation des marchés, les réformes structurelles et davantage de flexibilité du travail. Cette approche unilatérale contredit le caractère équilibré et intégré de la stratégie de



Lisbonne mettant en exergue uniquement les réformes économiques, séparés des exigences sociales et environnementales.

Au contraire, la CES reste convaincue que s'est seulement en gardant cette stratégie de Lisbonne équilibrée et intégrée que l'on peut permettre de libérer le potentiel de croissance dont l'Europe dispose pour atteindre l'objectif d'une économie plus compétitive et innovante porteuse du plein emploi et d'une plus forte cohésion sociale.

La CES réaffirme que la libéralisation ultérieure des marchés ne peut pas répondre à un a priori idéologique, mais doit être appuyée sur une évaluation approfondie des expériences réalisées et de leur impact sur l'emploi et les besoins des citoyens et être accompagnée par l'adoption d'une directive-cadre européenne sur les services d'intérêt économique générale, qui préservent leur mission en tant que composante essentielle du modèle européen de société.

Quant au marché du travail toute réforme doit être le résultat de la concertation sociale et de la négociation collective et sauvegarder la qualité de l'emploi, la protection sociale, les droits des salariés.

La CES s'oppose à une flexibilité qui soit synonyme de précarité surtout pour les jeunes et pour les femmes. La formation tout au long de la vie doit constituer un élément de développement d'emplois stables et de qualité.

3. La CES considère que les partenaires sociaux ont un rôle important à jouer pour la réussite de la stratégie de Lisbonne. Elle confirme son attachement au dialogue social européen et à la négociation collective comme instrument essentiel pour la régulation des relations de travail.

Au niveau européen, cela ne peut pas exonérer la Commission des responsabilités qui lui

incombent pour la promotion des politiques sociales et de l'emploi à plus forte raison en cas d'absence de résultats dans le dialogue social.

Dans cette optique, la CES insiste afin que la Commission propose en toute urgence une directive pour la régulation du Travail Intérimaire et prenne les initiatives nécessaires pour la mise en œuvre de l'Agenda Sociale de Nice et pour l'approfondissement de la stratégie de Luxembourg axé sur la qualité de l'emploi en s'opposant à tout affaiblissement de cette stratégie.

La CES se félicite du résultat atteint avec l'UNICE et le CEEP en matière de développement des compétences et qualifications en le considérant comme un premier pas vers un plus fort engagement à venir au niveau européen et national. Elle insiste pour une accélération des négociations en cours sur le Télé-travail afin d'aboutir à un résultat conséquent et demande au patronat européen d'assumer pleinement ses responsabilités pour définir un cadre européen capable d'assurer une maîtrise sociale des processus de restructuration en Europe.



# OGB♦L-ACAL



## Punkteführerschein

### OGB♦L-ACAL beantragt Unterredungen mit politischen Parteien und mit Transportkommission des Parlaments

Nachdem sich Transportminister Henri Grethen anlässlich einer Unterredung am 24. Januar 2002 unflexibel gegeben hatte und keine Bereitschaft zeigte, die Forderungen und Einwände der Berufskraftfahrer in das Gesetzprojekt über die Einführung des Punkteführerscheins zu berücksichtigen, sah sich der OGB♦L-ACAL gezwungen, seine Basis zu befragen.

In einem allen organisierten Berufsfahrern zugesickten Fragebogen, hatten die Mitglieder Gelegenheit, sich zum Punkteführerschein zu äußern, unter anderem auch, ob sie für das Gesetz seien und ob sie bereit seien, sich an gewerkschaftlichen Aktionen zu beteiligen.

Einer ersten Auswertung zufolge, findet der Punkteführerschein nur sehr wenig Zustimmung bei den Berufsfahr-

ern (knapp 8 Prozent). 92% der Mitglieder sprechen sich für gewerkschaftliche Aktionen aus, sollte der Minister kein Entgegenkommen zeigen.

Punkteverlust wird vor allem bei Überladen (52%), Zustand des Fahrzeugs (50%), kein Attest der amtlichen Kontrollstation (35%), Be- und Entladen in 2. Reihe (18%) befürchtet.

73% der Fahrer ziehen eine berufliche Aus- und Weiterbildung der Einführung des Punkteführerscheins vor. Rund 70% der Fahrer könnten mit einem Punkteführerschein leben, der Spezialbestimmungen für Berufskraftfahrer vorsieht und 87% verlangen, dass das Thema „Punkteführerschein“ Gegenstand der Kollektivvertragsverhandlungen sein muss.

Der OGB♦L-ACAL hat heute Unterredungen mit den politischen Parteien CSV, DP, LSAP, Gréng und Lénk, sowie mit der parlamentarischen Transportkommission beantragt, um das Ergebnis des Referendums im Detail zu erklären und um noch einmal die Forderungen und Ängste der Berufsfahrer darzulegen.

## Doppelbesteuerung von deutschen Lkw-Fahrern

### Es kommt endlich Bewegung in die Angelegenheit

Nachdem OGB♦L-ACAL, DGB-Trier, DGB-Saar und ver.di am 5. Februar 2002 beschlossen hatten, die Angelegenheit der Doppelbesteuerung von deutschen Fernfahrern, die bei luxemburgischen Spediteuren beschäftigt sind, gemeinsam anzugehen, scheint jetzt endlich Bewegung in das Dossier zu kommen.

Dies jedoch auch erst, nachdem die Presse und in der Hauptsache das Deutsche Fernsehen intensiv über die ungerechte Vorgehensweise der deutschen Finanzämter berichtet hatte.

Den in Deutschland wohnhaften Fernfahrern, werden rückwirkend bis zu 4 Jahren Steuern abverlangt, die laut deutschem Steuerrecht zu zahlen sind. So kommt es notgedrungenerweise

zu einer Doppelbesteuerung, da in Luxemburg die Steuern direkt vom Lohn abgehalten werden. Die Fahrer werden aufgefordert, Beträge bis zu 25.000 zurückzuzahlen. Der OGB♦L-ACAL verweist diesbezüglich auf ein Urteil des Kassationshofes aus Lüttich vom 6. November 2000, laut welchem der belgische Staat, der dieselbe Interpretation des Doppelbesteuerungsabkommens hatte, Unrecht bekam und die Forderungen an die belgischen Fernfahrer, die bei luxemburgischen Speditionen beschäftigt sind, einstellen musste.

Das Finanzamt Trier zeigt sich nun erstmals gesprächsbereit und wird eine Delegation von OGB♦L und DGB empfangen. An diesem Treffen wird auch ein Vertreter der rheinland-pfälzischen Regierung teilnehmen.

## Spedition A & B

### Firmenchef hinter Gittern – Fahrer ohne Lohn

Seit dem 24. Januar 2002 sitzen die fünf Lkw-Fahrer der Spedition A & B aus Luxemburg-Stadt ohne jegliche Tätigkeit auf dem Firmengelände fest. An diesem Tag wurden dem Betrieb die Transportlizenzen entzogen.

Der Firmenchef, der eine weitere Transportfirma in Belgien hatte, zog darauf hin die Lkws in Belgien zusammen. Doch auch in Belgien schien das Unternehmen Probleme zu haben. Das Handelsgericht aus Lüttich setzte die Spedition dort vor zwei Wochen in Konkurs. Seit rund einer Woche befindet sich der Firmenleiter in Lüttich in Haft.

Die Lkw-Fahrer haben ihren letzten Lohn im Dezember 2001 erhalten. Ihr Arbeitgeber schuldet ihnen demnach den Januar- und Februarlohn dieses Jahres.

Der OGB•L-ACAL, der die Fahrer arbeitsrechtlich vertritt, ist bei der Staatsanwaltschaft in Luxemburg und bei der Gewerbeinspektion interveniert, damit das Unternehmen zwangsweise und von Amts wegen in Konkurs gesetzt wird.

## Spedition A & B (folge)

### Konkurs gesprochen

In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft vom 15. März 2002, beantragte der OGB•L-ACAL die Spedition A & B, mit Sitz in Luxemburg-Stadt von Amts wegen in Konkurs zu setzen (faillite d'office).

Die sehr kooperative Haltung der Staatsanwaltschaft hat dazu geführt, dass dem Antrag des OGB•L-ACAL Rechnung getragen wurde und der Konkurs am 22. März vor dem Handelsgericht in Luxemburg gesprochen wurde.

Die 5 Fahrer haben seit 3 Monaten keinen Lohn mehr erhalten und können ihre Aktivität nicht mehr ausüben weil die Firma seit dem 24. Januar 2002 keine Transportlizenzen mehr hat und der

Betrieb Anfang März 2002 vom Handelsgericht in Lüttich in Konkurs gesetzt wurde.

Die Lkws wurden an die Leasingfirma von Mercedes zurückgegeben.

Der Arbeitgeber von A & B, Aldo MAFFIA, sitzt seit Anfang März 2002 in Lüttich in Haft. Ihm werfen die belgischen Autoritäten Urkundenfälschung, den Gebrauch von falschen Beurkundungen sowie Geldwäsche vor.

Der OGB•L-ACAL, ist nun in der Lage die ausstehenden Löhne der 5 Fahrer und 2 Büroangestellten einzufordern.

## Container Logistics Bettembourg

### OGB•L-ACAL hat Nationales Schlichtungsamt eingeschaltet

Die CFL-Tochtergesellschaft CLB (Container Logistics Bettembourg), eine privatisierte Firma, die den Container Terminal am Bahnhof Bettembourg betreibt, weigert sich kategorisch, Verhandlungen für einen ersten Kollektivvertrag zu führen.

Der OGB•L-ACAL, der in diesem Betrieb absolut majoritär ist und bei den letzten Sozialwahlen als alleiniger Gewinner hervorging, richtete 5 Schreiben an die Firma, um Verhandlungen zu beantragen. Dies war am 31. Juli 2001, 27. August 2001, 19. September 2001, 26. November 2001 und 20. Dezember 2001 der Fall.

Bislang hat die Direktion es nicht für nötig gehalten, der Gewerkschaft auf ihre Anfragen zu antworten. Aus einem, dem OGB•L-ACAL vorliegenden, internen Schreiben der CLB, geht sogar hervor, dass die Betriebsdirektion nicht einmal daran denke, den wiederholten Anfragen der Gewerkschaft Folge zu leisten. Auch weigert sich die Betriebsleitung, der Gewerkschaft die nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen, um das Aufstellen eines detaillierten Forderungskatalogs zu ermöglichen.

Der OGB•L-ACAL ist über die über die Vorgehensweise der Betriebsdirektion von CLB skandalisiert und hat das Nationale Schlichtungsamt mit dem Streitfall befasst.





## Unmenschliche Arbeitspläne bei Intralux Transports

### Fahrer beklagen sich beim OGB•L-ACAL wegen Übermüdung

Seit Januar 2002 hat die Transportfirma Intralux, mit Sitz in der Kehlener Industriezone, die Arbeitspläne für die Fahrer, die im Auftrag des Ölkonzerns Shell unterwegs sind, drastisch verschlechtert.

In einem 3-Wochenrhythmus sind die Fahrer gehalten, 7 Tage die Woche, ohne Ruhetag, zu arbeiten. In der 1. Woche muss, laut Schichtplan, von 6.00 Uhr bis 15.00 Uhr, in der 2. Woche von 15.00 Uhr bis 24.00 Uhr und in der 3. Woche von 15.00 Uhr bis 03.00 Uhr nachts gearbeitet werden. Die Transportfirma Intralux Transports verstößt somit gegen die Bestimmungen der EU-Verordnung 3820/85 über die Lenk- und Ruhezeiten im Transportwesen. Laut Arbeitsplan, ist es nicht mehr möglich, die in der EU-Verordnung festgehaltene Tagesruhezeit von 11

Stunden, respektive die Wochenruhezeit von 45 zusammenhängenden Stunden einzuhalten.

Die Fahrer, die ausschließlich Gefahrgut transportieren, haben sich beim OGB•L-ACAL wegen Übermüdung beklagt. Zwei Briefe des OGB•L-ACAL vom 4. Dezember 2001 und 30. Januar 2002 an die Direktion von Intralux Transports, in welchem die Firma aufgefordert wird, sich an die EU-Gesetzgebung zu halten, blieben bislang unbeantwortet. Intralux Transports zeigt sich wenig beeindruckt und wendet ihre unmenschlichen Arbeitspläne weiterhin an.

Der OGB•L-ACAL hat deshalb die Gewerbeinspektion und die Zollverwaltung mit der Angelegenheit befasst.

## Und so reagierte Intralux

### Arbeitspläne von Intralux Transports nun gesetzeskonform

Nachdem der OGB•L-ACAL gegen die neuen Arbeitspläne der Transportfirma Intralux aus Kehlen reklamiert hatte, teilte die Betriebsleitung in einem Telefax an die Gewerkschaft mit, die Arbeitspläne würden ab sofort abgeändert werden.

Der OGB•L-ACAL beschwerte sich darüber, dass die Fahrer, die Gefahrguttransporte im Auftrag des Ölkonzerns Shell durchfüh-

ren, nicht mehr in der Lage seien, die europäische Gesetzgebung betreffend die Lenk- und Ruhezeiten einzuhalten.

Auch die Betriebsdelegierten sind bei der Direktion interveniert und haben dazu beigetragen, dass die neuen Arbeitspläne nun im Einklang mit den Gesetzen sind.

## HEUREUX RETRAITÉ

A l'occasion d'une petite fête dans les bureaux de l'OGB•L-Transport à Bertrange, les camarades de la délégation des ouvriers de Luxair s.a. ont remis un cadeau à Norberto Trigo de Macedo, parti en pension au 1er janvier 2002. Norberto, qui a travaillé chez Luxair pendant 26 ans était élu sur la liste OGB•L en 1998.



1ère rangée : Norberto Trigo, Paula Paiva, Paulo Rocha

2ème rangée (d.g.à.d.) : Antonio Oliveira, Helder Figueiredo, Helder Borges, José Figueiredo, Hubert Hollerich.

## Affäre Kralowetz

# OGB•L und DÉI GRÉNG auf einer Linie

Die Gewerkschaft OGB•L und DÉI GRÉNG sind in der Affäre Kralowetz grundlegend einer Meinung. Bei einer offiziellen Unterredung, die in der Gewerkschaftszentrale in Esch/Alzette stattfand, begrüßte OGB•L-Präsident John Castegnaro, dass DÉI GRÉNG sich dieser Affäre umfassend und engagiert angenommen haben und von Beginn an für die restlose Aufklärung der politischen Verantwortung eingetreten sind. Beide Seiten vereinbarten künftig in enger Zusammenarbeit auf nationaler und europäischer Ebene für soziale Reformen im Transportsektor einzutreten. Es herrscht Einigkeit darüber, auf nationaler Ebene neben der parlamentarischen Transportkommission eine Spezialkommission einzusetzen, welche die Versäumnisse, die die elementare staatliche Aufsichtspflicht, die Funktionsweise des Staates und damit das Vertrauen in den Staat betreffen, voll und transparent aufdecken. Diese Kommission muss insbesondere das System der Vergabe der CEMT-Lizenzen, das über Jahre hinweg unter äußerst zwielichtigen Bedingungen in Luxemburg existierte, genauer untersuchen. Zudem soll eine interministerielle Koordinierungszelle geschaffen werden, die im Bereich der

Zulassung und der Kontrolle der Transportunternehmen Hand in Hand arbeitet. Dieses Gremium soll damit befasst werden, eine Bestandsaufnahme der arbeits- und sozialrechtlichen Situation aller Transportunternehmen zu machen, die von Luxemburg aus tätig sind und ein Register der "schwarzen Schafe" anzulegen, in dem alle Transportunternehmen aufgenommen werden, die gegen das Gesetz verstoßen haben. Dieser Koordinierungsstelle muß außerdem eine Kontrollinstanz, zusammengesetzt aus Mitarbeitern der Arbeitsinspektion, der Zollbehörde und der Polizei zur Seite gestellt werden.

Auf europäischer Ebene wollen beide Seiten verstärkt auf eine Reform der Vergabekriterien der CEMT-Transportlizenzen hin wirken. Mit der grünen belgischen Transportministerin Isabelle Durand, die im Juli die Präsidentschaft der CEMT übernimmt, sollen Möglichkeiten einer Bindung der Vergabekriterien an arbeits- und sozialrechtliche Kriterien diskutiert werden.

## Affäre Kralowetz: Der OGB•L hatte doch Recht

# Nun kommt Bewegung in das Dossier!

Der Verlauf des Prozesses Kralowetz sowie erste Aussagen verschiedener Parlamentarier aus der Spezialkommission bestätigen weitgehend die Vorwürfe, die seit dem 22. Januar dieses Jahres vom OGB•L erhoben und die Aussagen, die in diesem Zusammenhang gemacht wurden. Damit dürfte in der Zwischenzeit allen ehemaligen und heutigen Ministern klar sein, dass es sich nicht nur um Probleme in Zusammenhang mit Ruhe- und Lenkzeiten handelt.

Der OGB•L begrüßt, dass die Regierung endlich reagieren wird, indem sie ein Gesetz in Ausarbeitung gegeben hat, das einschränkend sein soll und neue Kontrollmöglichkeiten einführen wird. Darüber wurde eine OGB•L-ACAL Delegation am 6. März 2002 von den Ministern Biltgen und Grethen informiert.

Der OGB•L behält sich eine definitive Stellungnahme vor, bis er im Besitz des Gesetzprojektes ist. Diese soll dann auch mit den europäischen und internationalen Transportarbeiterföderationen ITF und ETF abgesprochen werden. Auf vom die OGB•L angesprochene, grundsätzlichere Frage, ob denn nun, die seit Jahren im Transportsektor praktizierte "Nischenpolitik" überdacht werden soll, gibt es zunächst keine Antwort.

### Kein Dumping auf „luxemburgischen“ Hochseeschiffen!

Dabei betrifft diese neben hundert von Briefkastenfirmen auch den "Pavillon maritime" und die Binnenschifffahrt. Diesbezüglich hat der OGB•L-ACAL bei der ITF eine aktuelle Stellungnahme zu den unter luxemburgischer Flagge fahrenden Schiffe beantragt. Die ITF hat den luxemburgischen Pavillon als "Gefälligkeitsregister" (pavillon de complaisance) eingestuft, durch die Tatsache, dass es sich hauptsächlich um ausgeflaggte Schifffahrtsunternehmen handelt, die ihren Sitz in Luxemburg haben, billige Arbeitskräfte beschäftigen und den Abschluss von Kollektivverträgen verhindern. Auch hat die ITF eine weltweite Kampagne gegen diese Pavillons eingeläutet, um unter anderem die Missbräuche durch die Gefälligkeitsregister einzudämmen und allgemein verbindliche gesetzliche Rahmenbedingungen und Mindestnormen für die Schifffahrtindustrie einzuführen.

Der OGB•L hat in diesem Sinn Gespräche bei den zuständigen luxemburgischen Verwaltungen beantragt.

(Siehe auch Seiten 8 und 9)



# 1. MAI 2002



Jean-Claude Reding  
Generalsekretär

## *Für gute und sichere Arbeitsplätze, gegen Sozialabbau, Solidarität!*

# *Interregionale Demonstration am 1. Mai in Thionville*

Die Globalisierung der Wirtschaft beschleunigt die Welle der Fusionen und Restrukturierungen, fördert Sozialdumping und bedroht Arbeitsplätze auch in unserer Region. Die europäische Politik unterstützt diesen Prozess. Schamhaft wird von Strukturreformen gesprochen, wenn es darum geht den Konkurrenzkampf zwischen den Betrieben, ohne Rücksicht auf soziale Folgen auf die Spitze zu treiben oder aber öffentliche Dienste zu privatisieren. Tatsache ist, dass noch immer Millionen Arbeitnehmer arbeitslos sind, dass der Druck und der Stress in der Arbeitswelt zunimmt. Lebensqualität und Gesundheit der großen Mehrheit der Arbeitnehmer werden dem Profitstreben einer kleinen Minderheit geopfert. Auf rein nationaler Ebene wird es nicht möglich sein diesen Trend umzukehren. Deshalb sind die Gewerkschaften verstärkt auf europäischer Ebene aktiv. Gute Argumente genügen aber nicht, wir müssen zeigen, dass wir handlungsfähig sind. Im Dezember haben 100.000 Gewerkschafter in den Straßen von Brüssel für gute und sichere Arbeitsplätze, gegen Sozialabbau demonstriert. Drei Monate später demonstrieren wieder 100.000 Gewerkschafter friedlich in Barcelona. Es ist gelungen den Vormarsch der neoliberalen Ideologen der zügellosen Marktwirtschaft zu bremsen. Die Achse "Blair-Aznar-Berlusconi" konnte sich in Barcelona nicht durchsetzen. Dies allein genügt jedoch nicht. Die viel bemühte soziale Dimension der europäischen Union bleibt noch immer unterentwickelt.

Gerade in einer Region wie der unseren, die durch einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt gekennzeichnet ist, in der auch die kleinen und mittleren Betriebe verstärkt grenzüberschreitend tätig sind, ist dies eine Alltagserfahrung. Deshalb gilt es auch hier in der

Region grenzüberschreitend Druck zu machen. Wir brauchen keine Mindeststandards, sondern eine ehrgeizige europäische und nationale Sozialpolitik, die auf eine Harmonisierung auf den besten Standards setzt.

Wir müssen darauf achten, dass die unterschiedlichen Lohn- und Sozialstandards in einer Region, die durch einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt gekennzeichnet ist, nicht für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden.

Die Mobilität in der Großregion hat Auswirkungen auf die Lebensqualität in der Region. Transportpolitik, Landesplanung, Umweltpolitik, Aus- und Weiterbildung haben eine wachsende interregionale Dimension. Als Gewerkschaften müssen wir auf die politischen Entscheidungen und Entwicklungen in all diesen Bereichen einwirken im Interesse aller Arbeitnehmer. Wir müssen uns definitiv als politische Gesprächspartner in der Großregion durchsetzen. Auch deshalb gilt es Stärke zu zeigen.

Aus diesen Gründen ruft der OGB•L seine Mitglieder auf, am 1. Mai in Thionville an der Demonstration des Interregionalen Gewerkschaftsrates Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz teilzunehmen..

Der LCGB nimmt nicht an der Aktion teil. De facto desolidarisiert er sich von dieser Aktion, obwohl er Mitglied des IGR ist, obwohl die christlichen Gewerkschaften aus Lothringen dabei sind. Solidarität, grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit sollte eigentlich mehr sein als ein Lippenbekenntnis und Mitgliederwerbung.

**1<sup>er</sup> MAI 2002**

**MANIFESTATION  
INTERREGIONALE**

**Thionville**

**Pour l'emploi !  
Pour le social !  
Solidarité !**

**Thionville (France), Place de la Liberté, 10h00**

**CFDT, CFTC, CGT, FO, UNSA (Lorraine),  
OGB-L, FNCTTFEL, FLTL (Luxembourg)  
DGB (Trèves-Palatinat ouest, Sarre)**



# Transports de Fonds

## Zu den Kollektivvertrags- verhandlungen im Privaten Sicherheitssektor: Verhandeln, statt blockieren

Nach der Schlichtungsrunde vom 14. März 2002, in der sich nach monatelangen Verhandlungen, nun doch gewisse Fortschritte zeigten, meldet sich der LCGB mit billiger Gewerkschaftspolemik zu Worte und wirft dem OGB♦L eine Desolidarisierung vor.

Der OGB♦L bedauert feststellen zu müssen, dass der LCGB in diesem Fall den Konflikt um des Konflikts willen sucht, anstatt wie der OGB♦L im Interesse der rund 2.000 Beschäftigten des Sektors einen bestmöglichen Kollektivvertragsabschluss anzuvisieren.

Dieser muss in der Optik einer kontinuierlichen Tarifpolitik

- ♦ beste Lohnbedingungen für alle
- ♦ eine bestmögliche Arbeitszeitorganisation, die eine Vereinbarung von Privat- und Berufsleben ermöglicht und Missbräuche von Arbeitgeberseite ausmerzt
- ♦ sowie eine klare Definition des Statuts der Geldboten

beinhalten.

Der OGB♦L braucht sich nun wirklich keine Lektion in Sachen Solidarität vom LCGB erteilen zu lassen. Seit Anfang des Konflikts, hat der OGB♦L sich in diesem Dossier solidarisch und im Interesse der Betroffenen eingesetzt. Gewerkschaftsarbeit ist kein Selbstzweck, gute Gewerkschaftsarbeit zeichnet sich aus durch gute Resultate für die Arbeitnehmer.

Und die erwarten wir nun.

## L'incompétence trahie!

Les exclamations mensongères et les grossièretés du LCGB contre l'OGB♦L ("Trahison de l'OGB♦L!" et "l'OGB♦L vous a vendus!") sont la suite logique de l'incompétence flagrante du LCGB à négocier la convention collective de travail des agents de gardiennage et des transporteurs de fonds avec l'art et le savoir-faire requis.

Depuis des semaines voire des mois, le LCGB et son secrétaire syndical M. Daniel Georges tournent en rond, provoquent le point-mort des négociations et exaspèrent de manière répétitive les autres participants à la négociation avec des paroles clichées et des propos vagues et diffus.

À défaut de toute conduite de négociation bien structurée et en l'absence du doigté nécessaire pour détecter les points faibles ou ouvertures de négociation des employeurs, le LCGB n'a recueilli comme résultat que le blocage général du dossier. D'un autre côté, les menaces d'explosion sociale et de grève de travail, proliférées de manière exhaustive et répétitive par le secrétaire syndical du LCGB se sont émoussées et ont facilité les intransigeances des employeurs. En d'autres termes, il s'est fourré le doigt dans l'œil.

Confronté 1° à ces pertes de temps cumulées, 2° au blocage de plus en plus généralisé des négociations en ce qui concerne l'amélioration de l'organisation du temps de travail et la finalisation de la définition du statut des transporteurs de fonds et en fin de compte 3° à la remise en question du volume d'augmentation salariale (8% sur trois ans) à cause de la revendication des employeurs de ne pas considérer un quelconque effet rétroactif, l'OGB♦L a décidé de stopper ce cirque et de mettre de l'ordre dans les choses.

La défense des intérêts de salaire et de travail des salariés du secteur prime sur tout, et c'est pour cette raison-là que l'OGB♦L a mis les points sur les i.

1° En ce qui concerne les salaires, l'OGB♦L insiste sur la rétroactivité des augmentations salariales. Aucune perte de salaire ne doit résulter du retard des négociations et de la procédure de la conciliation officielle du litige. Nous nous opposons à l'attitude du LCGB qui ne prête aucune attention au problème de la rétroactivité des mesures salariales.

2° L'OGB♦L revendique une nouvelle organisation du temps de travail. Et il ne se borne pas à répéter la parole clichée chère au LCGB de simplement réduire la période de référence, parole qui a d'ailleurs provoqué le blocage de toute discussion fructueuse sur l'amélioration du temps de travail et qui a suscité e.a. la remise en question de l'augmentation salariale proposée.

L'OGB♦L, lui, insiste sur la mise en conformité légale de l'organisation du temps de travail, la mise en place d'une planification du temps de travail dans l'intérêt des salariés et la définition appropriée du temps de travail supplémentaire, de sa majoration et de son paiement. La proposition bien structurée, transparente et concrète de l'OGB♦L reflète une amélioration réelle des conditions de temps de travail et de temps libre des salariés sans que cela puisse avoir un quelconque effet négatif sur l'augmentation salariale proposée à la table de négociation.

3° La négociation constructive et compétente de l'OGB♦L est la meilleure façon d'arriver aussi rapidement que possible à des accords. Ceci vaut également pour la finalisation des discus-

sions sur le statut du transporteur de fonds. Au cas où les employeurs essayaient de ne pas y mettre à leur tour le sérieux nécessaire, il est entendu que l'OGB♦L entamera les procédures de décision sur l'action et la mobilisation syndicale suivant les statuts de l'OGB♦L.

En conclusion, l'OGB♦L n'a d'aucune façon trahi les intérêts des agents de gardiennage et des transporteurs de fonds. Au contraire. Il répond aux aspirations et aux attentes. Le premier syndicat du pays et ses membres font appel au LCGB de mener des réflexions intelligentes quant à la suite du dossier au lieu de se déqualifier et de s'abaisser encore davantage avec des grossièretés et des insolences lancées à l'encontre de l'OGB♦L.

### **Convention collective de travail dans le secteur de la sécurité privée : l'OGB♦L solidaire avec tous les salariés du secteur !**

Depuis le 14 mars 2002, date de la dernière réunion des partenaires sociaux du secteur du gardiennage auprès de l'Office National de Conciliation, le LCGB tente, par tous les moyens, à déclencher une action de grève dans ce secteur.

Faute d'arguments valables vis-à-vis du patronat et pour arriver le plus rapidement à une telle situation, le syndicat chrétien n'hésite pas à attaquer l'OGB♦L, en prétendant que celui-ci s'est désolidarisé par rapport au front syndical dans la thématique liée aux aspects de l'organisation du temps de travail et plus spécifiquement les questions liées à la période de référence de travail des salariés.

L'OGB♦L tient à souligner dans ce contexte qu'il n'a nullement l'intention de briser d'une façon quelconque le front syndical et qu'il n'hésitera pas, le moment venu, c.à.d. au moment où tous les moyens de négociation seront épuisés, à opter pour un constat de non-conciliation, pour ainsi accompagner un mouvement de grève dans le secteur. L'OGB♦L est d'avis que trop de temps a été perdu par les "cavaliers seuls" du LCGB, soucieux de se profiler, sans concept précis, au point à en oublier les revendications légitimes des salariés.

*Depuis la grève des transporteurs de fonds, l'OGB♦L a défendu et continuera à défendre avec détermination les intérêts des salariés de ce secteur.*

Face à cette politique syndicale responsable à l'égard de l'ensemble des travailleurs

du secteur du gardiennage, l'OGB♦L identifie 3 sujets de négociation sur lesquels un accord devra être trouvé rapidement dans les semaines à venir, à savoir :

#### **LA DEFINITION DE LA DUREE DE TRAVAIL**

Le LCGB défend à corps et âme la suppression totale de la période de référence de 6 mois pour régler le problème des "abus ponctuels" dans certaines entreprises, sans préciser où le bât blesse. L'OGB♦L constate que le LCGB connaît mal la convention collective actuelle et connaît mal la législation en vigueur en cette matière.

L'OGB♦L est d'avis que les textes de l'actuelle convention collective sont de nature à placer la plupart des règles en matière de définition et d'application de la durée de travail dans une situation de non-conformité par rapport aux exigences légales en la matière.

Un pas essentiel des négociations consistera donc à rendre ces règles conformes aux exigences légales, ce qui devra apporter une amélioration considérable aux salariés par rapport à la situation "anarchique" actuelle. Un tel exercice de mise en conformité, ne devra avoir aucune incidence négative sur le résultat total de l'accord.

Bien au contraire, la question pertinente se pose quant à l'aspect de paiement rétroactif de ces éléments de salaires non payés à ce jour, liés à cette non-conformité légale de l'actuelle convention collective en matière de définition de la durée du travail.

#### **LES SALAIRES**

Au niveau des salaires et bien avant que le LCGB ait fait un forcing sur le "faux" problème de la période de référence, le patronat avait fait une proposition d'augmentation de 8% sur trois ans.

Proposition somme toute acceptable, mais dont l'aspect rétroactivité au 1er janvier 2002 doit être négocié, étant donné que les négociations ont trainé en longueur en raison de certaines pratiques de retardement du côté patronal.

Malheureusement, ce volet ne semble pas être au centre des préoccupations du LCGB qui l'ignore totalement, attitude que l'OGB♦L considère comme irresponsable vis-à-vis de tous les salariés du secteur.

#### **LE STATUT DU TRANSPORTEUR DE FONDS**

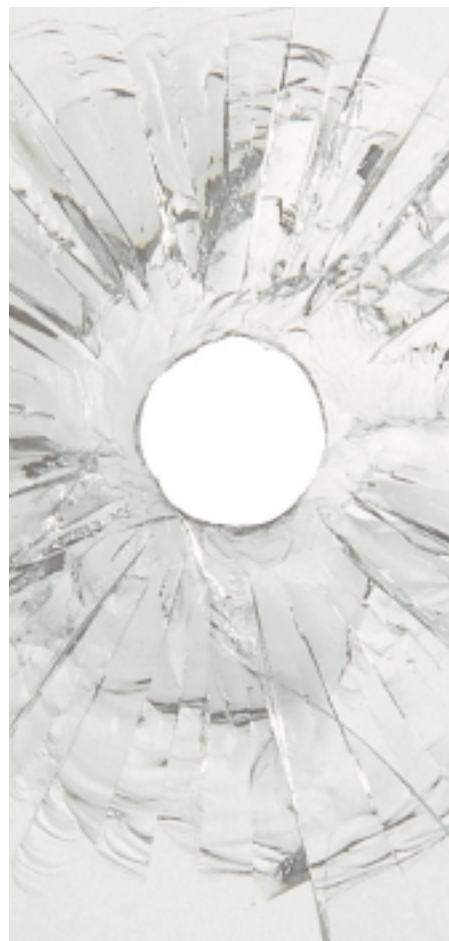
Dans le contexte des attaques armées répétées, la définition et l'élaboration d'un statut du "transporteur de fonds" revêtait une priorité dans les négociations. Lors de

la dernière réunion des partenaires sociaux auprès de l'Office National de Conciliation, le constat entre parties a été fait que concernant ce sujet, on était arrivé à un stade avancé des négociations et qu'il y avait moyen de les terminer dans les plus brefs délais.

En plus, et ceci face aux conditions de travail particulièrement dangereuses et l'exposition répétée aux risques, une revalorisation supplémentaire des salaires pour les transporteurs de fonds a été revendiquée. Face à cette revendication, le patronat a fait une offre se chiffrant (en sus des 8 %) à une augmentation de 0,6 par heure (payable en deux tranches sur la durée du contrat).

L'OGB♦L visait auprès de l'Office National de Conciliation la continuation des discussions dans l'intérêt de l'ensemble du personnel du secteur. Dans ce sens, les trois sujets ci-dessus seront négociés dans un rythme accéléré et soutenu dans les semaines à venir. L'OGB♦L continuera à défendre comme dans le passé les intérêts de tous les salariés du secteur, et ce en négociant et non en bloquant les discussions.

L'OGB♦L demande à tous les salariés du secteur de soutenir ses efforts de négociation lors des semaines prochaines et demande au LCGB de se pencher avec la même détermination dans le dénouement de ce dossier, au lieu de se consacrer au lancement d'une campagne visant la rupture du front syndical en lançant de faux propos à l'adresse de l'OGB♦L.



## **EDITPRESS Luxembourg S.A.: Signature de la CCT des employés**

Début mars, l'accord concernant le renouvellement de la convention collective des employés d'Editpress Luxembourg S.A. a été signé par l'OGB♦L en tant que seule organisation syndicale représentée au sein de la délégation.

Même si le contexte économique actuel dans le secteur des médias n'est pas favorable et que surtout le marché publicitaire est en forte régression, les parties se sont mises d'accord sur une convention collective qui prend en compte tant la réalité économique que les demandes justifiées des salariés.

L'avenant au contrat collectif pour les employés s'inscrit ainsi dans le cadre de la politique tarifaire continue de notre syndicat et porte essentiellement sur les points suivants:

### **Durée:**

- ♦ la CCT est signée pour une durée d'un an, elle prend effet au 1er février 2002 et expire au 31 janvier 2003.

### **Augmentation salariale:**

- ♦ les salaires mensuels seront majorés d'un montant forfaitaire de 50.-

## **Europe Online Une 3e tentative: garantir les emplois**

En date du 11 mars 2002, suite à l'annonce de la 2e faillite, une entrevue des secrétaires syndicaux de l'OGB♦L, MM. Léon Jenal et Joël Jung a eu lieu avec Mme Candace Johnson, administrateur-déléguée d'Europe Online.

Lors de cette rencontre et après un bref aperçu de la situation, Mme Candace Johnson, créatrice d'Europe Online a expliqué ses projets concernant la continuation / reprise des activités d'Europe Online.

En effet, une 3e tentative sera engagée dans les mois à venir sous le nom de "Europe Online Investment". En ce qui concerne les 80 employés d'Europe Online Networks qui ont été licenciés suite à la faillite, Mme C. Johnson a souligné que son plus cher désir était de reprendre un maximum d'employés et qu'elle mettrait tout en œuvre pour tenir son engagement.

Dans le même contexte, Mme Johnson a mentionné qu'elle était convaincue qu'Europe Online, jadis créée sur le territoire luxembourgeois, ne pourra affronter l'avenir que si la société reste implantée sur le site actuel à Betzdorf auprès de la SES.

L'OGB♦L suivra ce dossier de très près et défendra les intérêts du personnel d'Europe Online.

## **Vertragsabschluss bei GOODYEAR für den Arbeiterkollektivvertrag**

Dieser Vertrag sieht folgendes vor:

**1. Vertragsdauer:** 01.02.02-31.12.03 (24 Monate)

**2. Mobbingprozedur:** Das heisst, dass in Zukunft der Vertrag eine Regelung enthalten soll, die es betroffenen Kollegen erlauben soll, schnellstmöglich Ansprechpartner, sowohl auf Arbeitgeber-, wie auch auf Arbeitnehmerseite, im Betrieb zu finden, die ihnen im Falle von Mobbing mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

**3. Schaffung einer Arbeitsgruppe die über Versetzungsmodalitäten beraten wird.** Durch die Entstehung von persönlichen Löhnen, im Zuge von individuellen Lohnerhöhungen, im Nichtakkordlohnsystem, stellen sich ganz andere und neue Probleme bei Versetzungen. Was soll zum Beispiel,

aus erarbeiteten Lohnerhöhungen werden, falls der Kollege auf einen tiefer dotierten Posten versetzt wird? Hier kann es nicht so sein, dass der neue, tiefer angesiedelte Lohn angewandt wird und die erarbeiteten Lohnerhöhungen verloren gehen.

**4. Umsetzung der aktuellen Bestimmungen über Fortbildung im Kollektivvertrag.** Der Kollektivvertrag sieht eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Frage der kontinuierlichen Weiterbildung im Betrieb vor. Doch bisher kamen diese Regelungen nicht zum Tragen. Die Wichtigkeit von kontinuierlicher Weiterbildung im Betrieb wird oft, leider auch auf Arbeitnehmerseite, unterschätzt. Das soll jetzt anders werden.

**5. Schaffung einer Arbeitsgruppe die über die Einführung einer Zusatzpension für die Arbeiterbelegschaft ab 2002 beraten wird.** Diese Arbeitsgruppe wird über die Schaffung einer Zusatzpension, auch für die Arbeiterbelegschaft, beraten. Wobei festgehalten wurde, dass im Falle einer Einigung die Beitragszahlung, die von der GOODYEAR aufgebracht werden wird, schon für das Jahr 2002 erfallen soll.

**6. Budget von 0,3 % der Lohnmasse, als Lohnerhöhung für alle persönlichen Stundenlöhne, für die Jahre 2002 und 2003.** Die Abschaffung des Akkordlohnanteils bei Neueinstellungen, respektive die Einführung von



Lohngarantien für alle betroffenen Kollegen, die im Moment bei GOODYEAR arbeiten, macht es nötig über die Evolution der Lohnmasse für diesen Bereich zu diskutieren. Diese Lohnerhöhungen sind an die individuelle Leistung gekoppelt und unterliegen einer jährlichen Kontrolle durch die Sozialpartner. Die genaue Definition des zur Verfügung stehenden Budgets und die Einsicht der Sozialpartner in die Verteilung, ist ein Durchbruch und trägt vor allem zur Transparenz und Kontrollierbarkeit des Systems bei.

**7. Gutschein** für Goodyear Reifen im Wert von 100 €.

**8. Weiterführung der « Préretraite »**

**9. Auszahlung einer einmaligen Prämie** im Wert von 400 € am 15.01.03 für alle Arbeiter.

**10. Samstagsprämie bei Neueinstellungen.** Jeder neu eingestellte Arbeitnehmer erhält eine Prämie von 43 € pro ganze Samstagschicht und 21,5 € für eine halbe Samstagschicht. Diese Prämie ersetzt die 50% Samstagsprämie für die ersten zwei Jahre. Aber nur bei Neueinstellungen.

Ab dem 3. Jahr zählen die zur Zeit üblichen Bestimmungen. Dieses, im Übrigen einziges Zugeständnis an den umfangreichen Forderungskatalog der GOODYEAR-Direktion, bedeutet im Endeffekt keinen Lohnverlust für neu eingestellte Arbeitnehmer, da die 43 € ungefähr 50% des Anfangslohnes entsprechen.

Dieses Verhandlungsergebnis kam

unter schwierigen Bedingungen zustande, immerhin schreibt der Konzern zum zweitenmal in der Konzerngeschichte weltweit rote Zahlen.

Dabei wird gleichzeitig weltweit über massive Überkapazitäten im Reifenbereich geredet. Positiv zu bewerten ist es ganz sicher, dass es uns gelungen ist, die massiven Attacken der Konzernleitung auf den sozialen Besitzstand der Belegschaft, abzuwehren. Außerdem konnten einige interessante Entwicklungsmöglichkeiten in den Vertrag übernommen werden, wie zum Beispiel die Zusatzpension, die in Zukunft sicher an Bedeutung gewinnen wird, oder auch die Lohngarantien bei Versetzungen.

Wichtig ist auch die geplante Mobbingprozedur, die in den Vertrag aufgenommen werden soll. Es wird in Zukunft möglich sein, offen über Missstände zu reden, sei es auf individueller oder auf kollektiver Ebene.

Negativ ist dagegen die Abwesenheit von allgemeinen bleibenden Stundenlohnerhöhungen. Eine Tatsache, die immer wieder von der Verhandlungskommission des OGB♦L hervorgehoben wurde. Trotzdem hat sich die Verhandlungskommission des OGB♦L dazu entschlossen seinen Mitgliedern das provisorische Verhandlungsergebnis zu unterbreiten.

Nico Clement

## **Statt Abbau, effizienter Aufbau! Die Wichtigkeit eines modernen öffentlichen Dienstes**

Die Diskussionen betreffend die Rolle des Staates und des öffentlichen Dienstes sind sicherlich nicht neu, denn sie werden seit langem in vielen EU-Ländern geführt. Hierbei macht auch Luxemburg keine Ausnahme. Leider ist bisher noch nicht viel konkretes geschehen.

Die teilweise berechtigten Erwartungen der Bürger werden immer größer. Der Staat und seine Verwaltungen, sowie die Gemeinden müssen sich immer mehr zu Dienstleistungsanbietern entwickeln, um den neuen Anforderungen unserer Gesellschaft, sowohl auf sozialem, als auch auf wirtschaftlichem Plan, gerecht zu werden. Hierfür bedarf es einer durchgreifenden Reform, um der immer noch existierenden Schwerfälligkeit bei Behördengängen entgegen zu wirken.

Erste Ansätze wie „Guichet unique“, Bürgeramt, verlängerte Öffnungszeiten, neue Dienstleistungen usw. sind grundsätzlich positiv, reichen jedoch keinesfalls aus. Ebenso die verstärkten Investitionen in die neuen Technologien, wie das Internet, die es kurz- und mittelfristig erlauben dürften, einzelne Anträge von zu Hause aus erledigen zu können, gehen in die Richtung eines einfacheren Zugangs des Bürgers zu den Behörden.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass ein vereinfachter Zugang und eine Verbesserung der Dienstleistungen nur ein Teil der Reformdiskussion bedeuten. Ebenso wichtig ist die Zufriedenheit der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten des Staates und der Gemeinden mit ihrem Beruf. Schlechtes Arbeitsklima, verstärktes Auftreten von Stress, das Fehlen von



modernen Kommunikationsmitteln usw. müssen vermieden werden. In vielen Verwaltungen beim Staat, vor allem jedoch bei den Gemeinden herrscht seit Jahren akuter Personal-mangel, wird Personal abgebaut oder werden Dienstleistungen ausgelagert. Trotz Zunahme der Bevölkerung in den Gemeinden und somit der Erwartungen und Forderungen an die Gemeindedienste, wurde die Zahl der Gemeindebeschäftigten den neuen Verhältnissen nicht angepasst.

## Stichwort Privatisierung von öffentlichen Diensten

Für einzelne Politiker, Vertreter aus der Privatwirtschaft und auch für viele Bürger lautet die Devise: "Alles was in privater Hand liegt ist gut und billig, alles was von öffentlicher Hand gemacht wird, ist schlecht und teuer".

Diese Haltung ist erstens falsch, zweitens auch nicht gerade motivierend für die Tausende von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die tagtäglich ihre Verantwortung übernehmen und nach den gegebenen Möglichkeiten ihre Arbeit verrichten. Diese Dienstleistungen könnten erheblich verbessert werden, wenn die längst überfällige Reform endlich von politischer Seite angepackt würde. Verwaltungstechnische Barrieren könnten abgebaut werden und endlich das fehlende Personal eingestellt werden, damit die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unter den gleichen Bedingungen arbeiten und somit die gleichen Leistungen bringen könnten wie diejenigen in der Privatwirtschaft.

Der OGB♦L wird sich in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt gegen Privatisierungs- und Deregulierungsversuche einzelner Politiker einsetzen und zu wehren wissen.

Das rezente Beispiel der Gemeinde Bissen, wo der Putzdienst kurzerhand, und ohne dass vorher mit den Betroffenen geredet wurde, privatisiert werden sollte, hat uns definitiv zum Aufhorchen gebracht!

Solche Maßnahmen wird der OGB♦L nicht hinnehmen und es geht bereits jetzt die Warnung an die Politiker, egal welcher politischen Couleur, die Finger von Privatisierungen zu lassen, ansonsten der OGB♦L dies anzuprangern und zu verhindern werden weiss. Die im OGB♦L organisierten und engagierten Arbeiter, Angestellten und Beamten können sich auf ihre Gewerkschaft und das Syndikat Öffentliche Dienste verlassen, denn Luxemburg braucht auch in Zukunft moderne und starke öffentliche Dienste.

Daher unser Aufruf an alle, anstatt Abbau zu betreiben, sich lieber mit der gleichen Energie und dem nötigen Durchsetzungsvermögen, für einen effizienten Aufbau einzusetzen!

## **Die Waldarbeiter – die Vergessenen des öffentlichen Dienstes**

Seit über 30 Jahren wird bereits über das Statut der Waldarbeiter diskutiert, ob es eigentlich Staats- oder Gemein-darbeiter sind, oder ob es Arbeiter mit privatrechtlichem Statut sind!?

Seit über 30 Jahren versuchen die Gewerkschaften eine Lösung herbeizuführen, jedoch ist bis heute kein zufriedenstellendes Resultat zu Stande gekommen, einerseits wegen Mangel an politischem Willen, andererseits jedoch auch, weil die Waldarbeiter, wahrscheinlich aus Angst, sich nie richtig unterein-

ander solidarisierten, um eine nachhaltige Lösung herbeizuführen.

Der OGB♦L wird daher jetzt verstärkt Druck auf die staatlichen Instanzen ausüben, um endlich eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen, welche die teilweise prekäre Situation dieser Arbeitnehmer aufheben soll. Nach einer rezenten Zusammenkunft des OGB♦L-Zentralsekretärs Tom Jungen mit dem neuen Direktor der Forstverwaltung Jean-Jacques Erasmy steht für uns fest, dass die Waldarbeiter bei den anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen für die Staatsarbeiter eine gesonderte Laufbahn im Kollektivvertrag erhalten müssen, und ihr Statut regularisiert werden muss, welches unserer Ansicht nach, de facto das Statut des Staatsarbeiters ist.

Unsere Forderungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- ♦ Konversion des Statuts der Waldarbeiter zum Staatsarbeiter
- ♦ Anpassung des Kollektivvertrages in einzelnen Punkten, um der speziellen Aufgabe der Waldarbeiter Rechnung zu tragen (Sicherheit und Gesundheit, Laufbahn, Prämien,...)
- ♦ Einsetzen eines Arbeiterausschusses für die Waldarbeiter
- ♦ Lösung der Problematik betreffend die Entlohnung im Falle von Gemeindeaufträgen

Tom Jungen, Zentralsekretär

## 8. März:

# Ein Tag nicht wie jeder andere

# EIN TAG

*Die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben bleibt auch dieses Jahr, über den 8. März, den Internationalen Frauentag hinaus, bestehen.*

# ZUM BILANZZIEHEN

Das bereits 20 Jahre alte Gleichbehandlungsgesetz und das noch ältere Reglement zur Lohngleichheit (1974) bieten zwar rechtliche Handhaben im Fall konkreter Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen, kommen jedoch äußerst selten zum Tragen und haben zudem sicherlich ihre Grenzen. Gesetze allein schützen niemanden, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen wir von was wir reden. In diesem spezifischen Fall, dem der Gleichstellung der Geschlechter, ist es aber so, dass der Hauptfaktor, nämlich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aus denen die unterschiedliche Behandlung von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern herauswächst, sich nur sehr schwer und sehr langsam ändert.

Wenn wir eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt wollen, müssen wir bereit sein in vielen gesellschaftlichen Bereichen umzudenken.

Da wäre mal die Ausbildung. Was das Bildungsniveau anbelangt, ist es heute so, dass beide Geschlechter gleich gut ausgebildet sind (junge Frauen sogar teilweise besser). Trotzdem bleibt das Festhalten an traditionellen Rollenbildern bei der Berufs- oder Studienwahl bestehen. Die tatsächlichen Neigungen und Fähigkeiten von jungen Frauen aber auch von jungen Männern bleiben hierbei auf der Strecke. Die Segregation, also die Teilung des Arbeitsmarktes in Frauen- und Männerberufe bleibt somit auch bestehen. Diese Teilung bedeutet aber hauptsächlich für Frauen viel Negatives: Frauenberufe sind teils überlaufen, wurden und werden weiterhin

schlecht bezahlt und bieten zudem wenig Aufstiegschancen. Ja, gibt Frauen in Männerberufen. Allerdings stellen sie immer noch die Ausnahme zur Regel dar. Ja und dann gibt es auch Männer in Frauenberufen. Da diese Berufe jedoch oben angegebene Merkmale aufweisen, bleiben sie für die Mehrheit unattraktiv.

Wenn wir von der Teilung des Arbeitsmarktes weg wollen, so müssen wir also nicht nur im Kopf umdenken, sondern auch im Handeln und zu einer Neubewertung der Arbeit, sprich der einzelnen Berufe oder Tätigkeiten, übergehen.

Sprechen wir nämlich von ungleicher Entlohnung von gleicher oder gleichwertiger Arbeit, dann stellen wir fest, dass die tatsächliche Diskriminierung darin besteht, dass Frauentätigkeiten im Vergleich zu Männertätigkeiten meist geringer bewertet werden. Wir alle wissen, dass die, dem weiblichen Geschlecht zugeordneten Fähigkeiten - Geschicklichkeit, Genauigkeit, Konzentrationsvermögen, soziales Engagement, ... - traditionell weniger gelten als Körperkraft, Durchsetzungsvermögen usw., also Fähigkeiten, die eher dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden.

Warum ist das so? Nun, weil in unserer Gesellschaft, die Männer, die am politischen und wirtschaftlichen Machthebel sitzen, den Wert von Arbeit bestimmen und dann die Kompetenzen von Frauen zu kurz kommen. Es kommt nämlich nicht von ungefähr, dass je höher der Frauenanteil in einer Berufsgruppe ist, desto niedriger das durchschnittliche Ein-

kommensniveau ist. Die Diskriminierung entsteht durch Unterbewertung. Die Bewertung von Tätigkeiten ist sicherlich keine rein wissenschaftliche Entscheidung, viel mehr eine politische. Und hier spielen eben Machtverhältnisse und Interessenskonflikte eine erhebliche Rolle.

Als Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen hoffen wir, dass das neue EG-Programm zur Gleichstellung von Frauen und Männern und das in diesem Rahmen organisierte Projekt des luxemburgischen Frauenministeriums „Lohngleichheit, eine Herausforderung für die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung“, bei dem die Sozialpartner beteiligt sind, Früchte tragen wird. Dass vieles im Argen liegt, wissen wir seit Jahren, das Problem bei der Wurzel zu packen fordern wir jetzt. Wir brauchen Betriebe, die die Courage aufbringen und ihre Strukturen auf Diskriminierungen hin durchleuchten. Gemäß dem europäischen Leitfaden zur Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleichwertiger Arbeit, spielt der Öffentliche Dienst hierbei eine Schlüsselrolle und könnte eine Schrittmacherfunktion übernehmen. Denn auch im Öffentlichen Dienst stellen wir krasse Unterschiede in der Entlohnung, den Laufbahnen fest und auch hier sind es Berufsgruppen mit hohem Frauenanteil die unterbewertet sind und die eine Revalorisierung benötigen. Also, liebe Regierungsmitglieder, nicht nur Projekte sind gefragt, auch Taten im eigenen Zuständigkeitsbereich.

Danièle Nieves

## Un nouveau projet du MPF

### L'égalité de salaire, défi du développement démocratique et économique

Le 20 décembre 2000, le Conseil des ministres de l'Union européenne a adopté le programme d'action concernant la stratégie communautaire en matière d'égalité entre les femmes et les hommes. Cette nouvelle stratégie cherche à éliminer les inégalités ancrées dans les rôles et stéréotypes masculins et féminins et à promouvoir l'égalité entre les femmes et les hommes dans la vie économique, la prise de décision, les droits sociaux et civils.

Adopté par le Comité permanent de l'Emploi et le Comité de Coordination Tripartite, le projet « L'égalité de salaire, défi du développement démocratique et économique » réunira les partenaires sociaux, des représentants et représentantes de la vie publique et privée et le Conseil National des Femmes du Luxembourg pour analyser la situation sur les écarts salariaux de l'ordre de 11 % et des remèdes éventuels à cette situation persistante.

Une première conférence internationale, en présence de la Ministre de la Promotion Féminine et le Ministre du Travail et de l'Emploi et de la Secrétaire d'Etat à l'égalité au Portugal a eu lieu le 4 février 2002 à Luxembourg.

Cette conférence était suivie d'ateliers thématiques et spécifiques à l'attention des partenaires sociaux. L'atelier des représentantes et représentants des syndicats et des chambres salariales en date du 22 février, ainsi que celui des représentantes et représentants des fédérations et chambres patronales en date du 18 mars, avaient comme objectif d'impliquer activement les participants à l'élaboration d'une prise de position et à la proposition d'actions concrètes pour l'avenir au Luxembourg, tout en enrichissant les débats par les apports de spécialistes venus d'autres horizons.

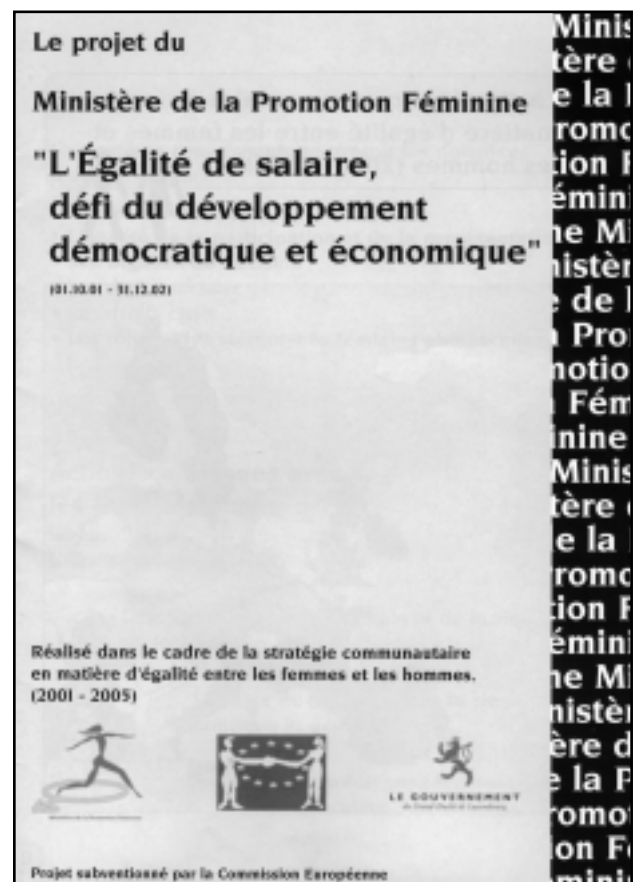
Lors des deux journées "l'évaluation et la classification des fonctions" et "les écarts de salaire directs et indirects: ségrégation pro-

fessionnelle, ségrégation sectorielle, interruptions et évolutions de carrière" étaient à l'ordre du jour.

Les causes et conséquences de l'écart de salaire, des méthodes de négociation pour l'égalité de rémunération, l'évolution et la classification des fonctions et le rapport qualification - salaires ont été analysés dans ces ateliers. Un dernier atelier commun entre salariat et patronat aura lieu le 12 avril. Les conclusions et revendications des trois ateliers seront transmis aux responsables politiques.

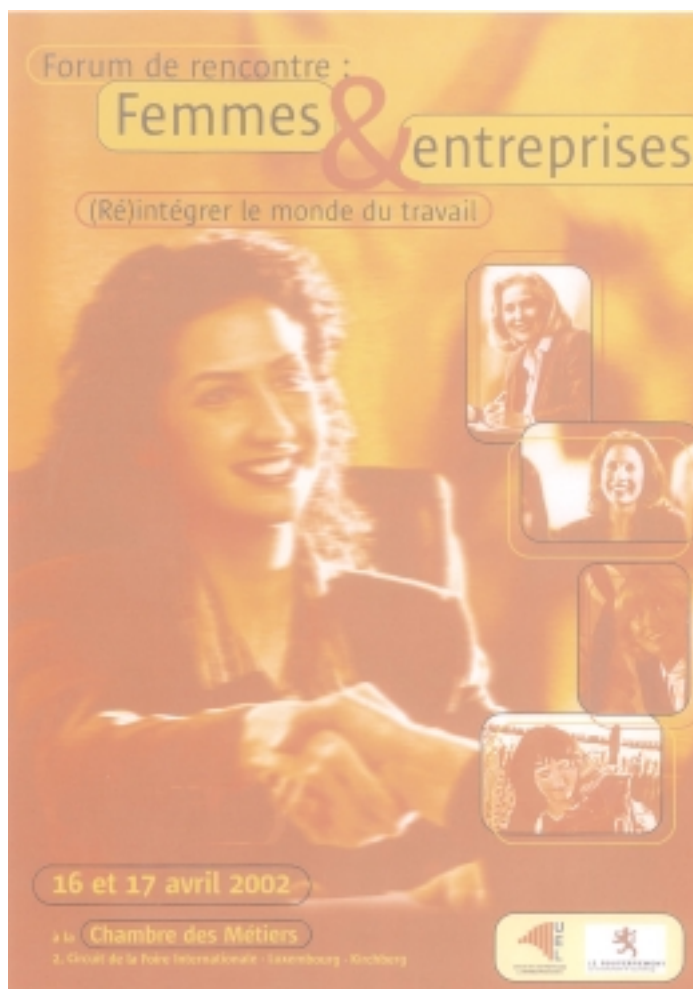
Agissant depuis des années dans l'intérêt des femmes dans le monde du travail, l'OGB♦L est pour la deuxième fois partenaire d'un projet initié par le Ministère de la Promotion féminine. Ainsi sensibilisés au sujet, de nombreux collègues, secrétaires centraux et membres de délégations du personnel ont assisté à côté du secrétaire général, Jean-Claude Reding, à la conférence et à l'atelier.

A noter que l'OGB♦L est représenté au comité de pilotage du projet par Pit Schreiner et dans l'atelier "L'évaluation et la classification des fonctions" par Danièle Nieves (intervenante).



# Femmes Forum de rencontre et d'orientation

## Femmes et Entreprises



L'OGB•L y sera représenté les deux jours par un stand d'information. N'hésitez pas à nous rendre visite!!

Quelles sont les possibilités qui s'offrent aujourd'hui aux femmes qui souhaitent (ré)intégrer le marché du travail au Luxembourg ?

Sous le patronage du Ministère de la Promotion Féminine, du Ministère du Travail et de l'Emploi et en collaboration avec l'ADEM, les organisations et chambres professionnelles regroupées au sein de l'Union des Entreprises Luxembourgeoises (UEL) organisent un forum de rencontre pour permettre aux femmes de s'informer, de s'orienter et d'entrer en contact avec des représentants et représentantes du patronat, des organismes de l'Etat ainsi que des associations et organismes œuvrant dans l'intérêt des femmes.

### Les caractéristiques du marché du travail au Luxembourg

Le marché du travail luxembourgeois connaît depuis plus d'une décade un déficit chronique en main-d'œuvre résidente. Ce phénomène explique la présence massive de travailleurs frontaliers parmi la population active du Luxembourg. Ce déficit a pris au cours de la deuxième moitié des années 1990 une ampleur telle que les emplois nouvellement créés au sein de l'économie nationale ont été repris dans leur très grande majorité par des travailleurs résidant dans nos pays limitrophes.

### Les femmes et le marché du travail

Le marché du travail est encore caractérisé par un taux d'emploi féminin faible, comparé à celui de nos pays voisins et à l'ensemble de l'Union Européenne.

Le taux d'emploi féminin reste surtout faible pour la catégorie des femmes résidentes ayant dépassé l'âge de 30 ans. Cet état des choses a fait l'objet d'amples discussions notamment au sein des organes chargés de l'établissement des plans d'action nationaux pour l'emploi dans le cadre du processus de Luxembourg.

Cette partie de la population constitue partant un réservoir de main-d'œuvre potentielle pouvant contribuer à résorber à terme les déficits en main-d'œuvre dont question ci-dessus. Il importe donc de sensibiliser à la fois ce public cible en l'encourageant à intégrer le marché du travail et les entreprises des différents secteurs de l'économie de tirer avantage de ce réservoir susceptible de satisfaire leurs besoins en personnel.

### Les femmes en recherche d'insertion professionnelle

Selon l'étude précitée réalisée pour le Ministère de la Promotion Féminine en 1999 sur les femmes au foyer, c'est surtout le bien-être de leurs enfants qui incite les femmes à rester au foyer. Selon cette étude, 30 % des femmes de moins de 45 ans ont déclaré vouloir retourner travailler après une phase d'interruption pour élever leurs enfants. L'insertion ou la réinsertion en milieu professionnel exige de la part des femmes un effort considérable de réorganisation. Souvent, elles sont indécises face aux multiples démarches à entreprendre. D'autre part, ces catégories de femmes qui sont en situation de non-emploi ne se considèrent pas comme étant des "chômeuses".



## ***Combiner l'activité professionnelle et les responsabilités familiales***

Les conditions de vie du ménage dépendent de beaucoup de facteurs. Pour les femmes, la présence et le nombre d'enfants influencent souvent leur comportement au niveau du réemploi. Aussi toutes les questions qui doivent être résolues avant de chercher un emploi concernent-elles le domaine familial, l'organisation du ménage, la garde des jeunes enfants, leur prise en charge en cas de maladie. Une fois ces questions résolues, comment s'y prendre pour faire les premières démarches sur le marché de l'emploi ? Là encore, elles se posent une série de questions :

- ♦ **Quels sont les domaines, les secteurs dans lesquels j'aimerais travailler ?**
- ♦ **Quels sont les secteurs dans lesquels je pourrais trouver une opportunité d'emploi ?**
- ♦ **Dois-je accepter toutes les offres d'emploi qui me sont proposées ?**
- ♦ **est la valeur de mon diplôme d'études, de ma formation, de mon expérience professionnelle antérieure ?**
- ♦ **Mes expériences au niveau de l'organisation de mon foyer peuvent-elles être utiles dans la recherche de mon emploi ?**
- ♦ **Combien est-ce que je veux gagner, quelle est la rémunération que je pourrais obtenir avec mon bagage d'études et d'expériences ?**

Consciente des difficultés que peuvent rencontrer les femmes pour s'orienter ou se réorienter, l'Administration de l'Emploi offre des ateliers "Fraen op der Sich no Aarbecht". En outre, l'ADEM organise en collaboration avec d'autres partenaires (surtout des asbl œuvrant dans l'intérêt des femmes et le Service de la Formation professionnelle) des séminaires d'information et d'orientation ainsi que des formations qualifiantes destinés aux femmes.

Le niveau de scolarisation des femmes en recherche d'insertion sera un autre point à considérer. Après avoir réglé les problèmes organisationnels, matériels et personnels, il importe dans une deuxième étape d'acquérir ou de rafraîchir des connaissances et compétences par des formations adéquates.

Ainsi, les personnes désireuses de rejoindre la vie professionnelle doivent, le cas échéant, souscrire à un effort de formation préalable à leur entrée dans la vie professionnelle.

## ***Le potentiel des femmes dites "retrantes", un atout pour l'entreprise***

Au niveau des entreprises, il y a lieu de sensibiliser les responsables du recrutement au potentiel des femmes "retrantes" et de tenir compte davantage de leurs acquis personnels. En d'autres termes, il s'agit avant tout de bien savoir évaluer l'expérience dont peuvent se prévaloir les femmes en recherche d'insertion ou de

réinsertion professionnelle. Les entreprises qui mettent l'accent sur le facteur humain dans leur organisation peuvent trouver dans cette population de femmes des candidates intéressantes apportant de la maturité, de la motivation et des talents polyvalents à l'organisation.

## ***Forum de rencontre : point de départ pour d'autres d'actions***

Conscients des efforts déjà entrepris ou projetés s'inscrivant dans cette finalité par de nombreuses entreprises ainsi que par les organisations professionnelles patronales et désireux de soutenir activement la politique que poursuit le Gouvernement en la matière, les représentants des différents secteurs de l'économie, réunis au sein de l'UEL, ont décidé de fusionner les initiatives mentionnées ci-dessus et de lancer au niveau interprofessionnel une vaste campagne de sensibilisation et d'information à l'adresse des femmes. Le Forum organisé les 16 et 17 avril prochain est un premier pas dans cette direction. Afin d'en garantir l'efficacité, il sera suivi d'un "follow up" systématique des demandes émanant des femmes rencontrées lors de cet événement.

## **Agenda**

Date : les 16 et 17 avril 2002  
de 9.00 heures à 12.00 heures

Lieu : Chambre des Métiers.  
2, circuit de la Foire à Luxembourg - Kirchberg

Renseignements :  
Tél. 26 43 28 83 - Netty Klein  
Union des entreprises luxembourgeoises  
email : [uel@uel.lu](mailto:uel@uel.lu)

Tél. 478-5462 - Simone Arnoldy  
Administration de l'Emploi  
email : [simone.arnoldy@adem.etat.lu](mailto:simone.arnoldy@adem.etat.lu)

Tél. 478-5820 - Isabelle Wickler  
Ministère de la Promotion Féminine  
email : [isabelle.wickler@mpf.etat.lu](mailto:isabelle.wickler@mpf.etat.lu)

## Section des Frontaliers belges CMB

L'assemblée générale de notre section aura lieu  
**vendredi 12 avril 2002 à 18.00 hrs**  
à la Salle de l'Union à Athus

- Ordre du jour:
1. Allocution du président Jean-Claude Trentecuisse
  2. Rapport d'activité du secrétaire Yvon Bonmariage
  3. Rapport du trésorier Jean Genio
  4. Discussion des rapports
  5. Election du comité
  6. Exposé de René Pizzaferrri, membre du Bureau Exécutif
  7. Divers

**Invitation cordiale à tous.**

## Section des Frontaliers belges PME

L'assemblée générale de notre section aura lieu  
**vendredi 12 avril 2002 à 19.00 hrs**  
au Centre Sportif de Bastogne

- Ordre du jour:
1. Allocution du président Yvon Moinet
  2. Rapport d'activité du secrétaire Jacques Delacollette
  3. Rapport du trésorier Raymond Thirion
  4. Discussion des rapports
  5. Election du comité
  6. Exposé du collègue Nico Clement, secrétaire central
  7. Divers

**Invitation cordiale à tous.**

# Suivi médical face à l'amiante

56 ans! Les espoirs, les projets que chacun de nous fait à l'approche de la préretraite ont été anéantis par la mort. Notre collègue Robert, sportif, plein de vie, est décédé suite à un cancer causé par l'amiante. Il a exercé pendant une trentaine d'années le métier d'électricien à l'aciérie d'ARBED Schifflange et, comme beaucoup d'entre nous, a été exposé aux poussières de ce produit considéré par une revue médicale comme synonyme de mort. On recense dans notre entourage de plus en plus de personnes souffrant de retombées de ce magic-minéral. La bombe à retardement est amorcée et des centaines de personnes sont sous l'épée de Damoclès. En effet, il a fallu attendre les années quatre-vingt pour que l'amiante soit retiré du marché; il était jusque-là utilisé en grande quantité dans le bâtiment, la sidérurgie et

la fabrication de nombreux produits comme les plaquettes de freins, les revêtements de sol, certains ustensiles de cuisine, ... etc. Pourtant, dès les années 60, les pneumologues apprenaient dans leurs manuels: l'amiante tue à petit feu. Pourquoi n'a-t-on pas pris à l'époque des dispositions efficaces pour la protection des personnes contraintes à la manipulation de ce produit? Pourquoi la médecine du travail ainsi que les chefs d'entreprise ont laissé faire comme si ne rien était? Les salariés de hier payent un lourd tribut de cette négligence. La maladie mettant quarante ans pour se déclarer, on peut s'imaginer le nombre de personnes menacées dans les prochaines années. Certains pays de l'UE ont déjà pris, en dehors de la reconnaissance de maladie professionnelle, des directives comme la surveillance

médicale de la population qui, dans le cadre de ses activités a été exposée à ce produit. D'autres dispositions permettent aux personnes reconnues contaminées de bénéficier d'une retraite anticipée sans perte de salaire. Les instances luxembourgeoises reconnaissent les maladies professionnelles liées à l'amiante, mais la médecine du travail ne pratique aucun suivi des personnes ayant été exposées à ce produit. La gravité du problème mérite pourtant la mise en place d'une telle structure.

Jean-Pierre Nowacki

# OGB♦L Generalversammlungen April 2002

Datum	Tag	Zeit	Sektion	Lokal	Ort	Referent (in)
05.04	Freitag	19.00	Eischen	Salle des Fêtes Communale	Eischen	Tom Jungen
05.04	Freitag	19.00	Grevenmacher	Café Mosellan	Grevenmacher	Marie-Thérèse Sannipoli
06.04	Samstag	19.00	Steinfort	Chalet "La Taupinière"	Grass	Robert Racké
11.04	Donnerstag	18.30	Esch-Alzette	Maison du Peuple	Esch/Alzette	John Castegnaro
12.04	Freitag	18.30	Colmar-Berg	Restaurant Trafic	Colmar-Berg	Armand Drews
12.04	Freitag	19.00	Linger	Centre polyvalent	Linger	Carlos Pereira
12.04	Freitag	18.00	CMB	Salle de l'Union	Athus	René Pizzaferrri
12.04	Freitag	19.00	PME	Centre Sportif	Bastogne	John Castegnaro
12.04	Freitag	19.00	Sandweiler	Sandweiler Eck	Sandweiler	Armand Drews
12.04	Freitag	18.00	Beles	A Gadder	Beles	John Castegnaro
12.04	Freitag	19.00	Mondorf	Résidence "Mon Plaisir"	Mondorf-les-Bains	André Sowa
13.04	Samstag	15.00	Clausen/Neudorf	Centre Culturel	Neudorf	John Castegnaro
13.04	Samstag	17.30	Lintgen	Café de la Gare	Lintgen	Raoul Schaaf
13.04	Samstag	17.00	Volmerange	Salle des Fêtes	Volmerange	Alain Kinn
13.04	Samstag	19.00	Ennersauer	Hôtel Gruber	Steinheim	René Pizzaferrri
14.04	Sonntag	09.30	Frontaliers Français	Salle Jean Moulin	Audun le Tiche	John Castegnaro
19.04	Freitag	19.00	Kleinbettingen	Chalet "La Taupinière"	Grass	René Pizzaferrri
19.04	Freitag	19.15	Koerich	Salle des Fêtes	Koerich	Robert Racké
19.04	Freitag	19.00	Kehlen/Kopstal	Café beim Monique (Nockels)	Olm	Raoul Schaaf
19.04	Freitag	18.30	Tetingen	Centre Culturel "Schungfabrik"	Tetingen	John Castegnaro
19.04	Freitag	19.00	Hautcharage	Café "An der Béierkescht"	Hautcharage	Léon Jenal
19.04	Freitag	19.00	Roeserbann	Café "Beiwenger Stuff"	Bivange	Carlos Pereira
20.04	Samstag	18.00	Beckerich	Pall-Center	Oberpallen	René Pizzaferrri
20.04	Samstag	17.00	Dommeldange	Centre Culturel "Am Duerf"	Weimerskirch	John Castegnaro
20.04	Samstag	18.30	Lorentzweiler	Centre Culturel	Helmdange	Armand Drews
22.04	Montag	18.00	Schifflingen	Hall Polyvalent	Schifflingen	Marie-Thérèse Sannipoli
25.04	Donnerstag	19.00	Hespérange	Pizzeria Al Sole (by Giorgio)	Alzingen	Joël Jung
26.04	Freitag	19.00	Luxembourg	Au Quai de la Gare	Luxembourg	Carlos Pereira
26.04	Freitag	19.00	Steinsel	Salle des fêtes Ecole Primaire	Steinsel	René Pizzaferrri
26.04	Freitag	18.00	Bettemburg	Maison des Jeunes	Bettemburg	Marie-Thérèse Sannipoli
26.04	Freitag	19.30	Dalheim	Centre culturel	Dalheim	Jean-Claude Reding
27.04	Samstag	18.00	Rédange	Café Roorda	Roodt/Rédange	Robert Racké
27.04	Samstag	19.00	Echternach	Hôtel Universel	Echternach	Danièle Niele

## Casagrande Marco : nouveau secrétaire au syndicat "Transformation sur Métaux"



Né en 1958 à Esch-Alzette

Marié - 5 enfants - 3 petits-enfants

**Emploi antérieur** : depuis 1973 Profil ARBED Belval service Laminoir / Finissage CAP Ajusteur

**Occupation**: Artisan de production / délégué du personnel depuis 4 ans

### Expérience syndicale:

Trésorier OGB♦L-Rodange  
Trésorier OGB♦L Régionale Rodange/Attert

### Coordonnées:

Tel.: 54 05 45 259

Fax: 54 16 20

GSM: 021 309 518

e-mail: marco.casagrande@ogb-l.lu

## Roby Fehlen, neuer Mitarbeiter im Syndikat Banken und Versicherungen des OGB♦L



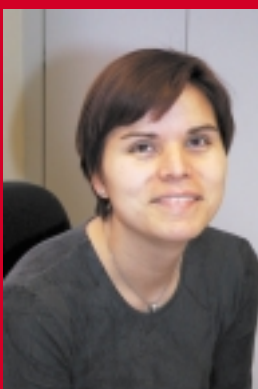
Roby ist 46 Jahre alt, verheiratet und Vater von 2 Kindern.

Seit 1973 bei verschiedenen Banken tätig und ab dem 1. Februar 2002 Mitarbeiter des SBA.

Seine langjährigen Erfahrungen als Mitglied von verschiedenen Personaldelegationen sowie nationalen- und europäischen Betriebsräten wird er jetzt in seine Arbeit für das Syndikat Banken und Versicherungen einfließen lassen.

Eine spezielle Ausbildung, die für seine Nebentätigkeit als freiwilliger Mitarbeiter einer großen Hilfsorganisation erforderlich war, brachte ihn mit der Problematik des Mobbing in Verbindung, und durch Erwerb weiterer Kenntnisse in diesem Bereich ist es ihm möglich betroffenen Personen bei Bedarf eine Beratung anzubieten.

## Sandra Marcelet



Née le 24 mai 1975, elle a passé sa jeunesse à Niederkorn. Ses centres d'intérêts sont la politique et le sport. Après ses études secondaires, elle a débuté sa vie professionnelle auprès de l'OGB♦L en mai 1998 en tant que secrétaire administrative pour le département des centrales régionales de l'OGB♦L.

De novembre 99 à janvier 2002, elle travaillait en tant que conseillère aux membres au Syndicat Banques et Assurances de OGB♦L. En outre, elle s'est occupée du secrétariat administratif du SBA.

En janvier 2002, elle a saisi une opportunité offerte par l'OGB♦L, qui lui proposait le poste de secrétaire administrative du président de l'OGB♦L, John Castegnaro.

Membre de l'OGB♦L depuis 1989, elle espère pouvoir contribuer positivement à la défense des intérêts des salariés.

## Die Big Music Band 2001

sucht Musikanten  
Interessenten (alle Instrumente)  
sollen sich bitte mit Dirigent  
Christian Wanderscheid unter der  
Telefonnummer 54 43 91 oder  
der GSM-Nr. 021- 731 409 in  
Verbindung setzen

### Roby Fehlen

Tél.: 29 49 69-20

Fax : 48 69 49

GSM : 021 321 999

email : robert.fehlen@ogb-l.lu

## IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L:

John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy ♦ Esch/Alzette

B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique:

Raymond Thirion

Section des Frontaliers belges

10, rue Général Molitor ♦ Boite 25 ♦ B-6700 Arlon

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: [ogb-l@ogb-l.lu](mailto:ogb-l@ogb-l.lu)

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abrégé les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - [chantal.boly@ogb-l.lu](mailto:chantal.boly@ogb-l.lu)

Koordination: Maguy Baasch - [maguy.baasch@ogb-l.lu](mailto:maguy.baasch@ogb-l.lu)

Layout: James Vallad - [james.vallad@ogb-l.lu](mailto:james.vallad@ogb-l.lu)

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

### Sandra Marcelet

Tél.: 54 05 45-253






Fax : 54 16 20

email : [sandra.marcelet@ogb-l.lu](mailto:sandra.marcelet@ogb-l.lu)








# Votre programme de formation 2002

## I Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
28 – 29.03.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	I	F	
18 – 19.04.2002	Harcèlement moral et sexuel		F	
29 – 30.04.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	II	F	
16 – 17.05.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	A	
23 – 24.05.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	II	F	
06 – 07.06.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	III	F	
10 – 11.06.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	A	
20 – 21.06.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	III	F	
25.10.2002	Alkohol am Arbeitsplatz		A / L	
06 – 07.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	I	A	
14 – 15.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	II	A	
18 – 19.11.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	A	
02 – 03.12.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	A	




## II Syndicalisme et représentation des travailleurs

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
27.03.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	I	F	
04.04.2002	Gender Training für Personaldelegierte	I	A	
10 – 11.10.2002	Le syndicalisme Qu'est-ce qu'un syndicat? A quoi peut-il servir?		F	
29.10.2002	Gender Training für Personaldelegierte	II	A	
30.10.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	II	F	
06 – 07.11.2002	La préparation aux élections sociales		F	
28 – 29.11.2002	La préparation aux élections sociales		F	
05 – 06.12.2002	La délégation et ses publications		F	



## III Economie

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
27 – 28.06.2002	La mondialisation de l'économie		F	
19 – 20.12.2002	La mondialisation de l'économie		F	



#### IV Développement de la personnalité

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
28 – 29.03.2002	Prise de parole - Parler en public en s'affirmant	I	F	
18 – 19.04.2002	Rhetorik – die Kunst frei zu reden	I	A	
25 – 26.04.2002	Rhetorik – die Kunst frei zu reden	II	A	
29 – 30.04.2002	Développement de la personnalité	III	F	
06 – 07.05.2002	Verhandlungsführung	I	A	
13 – 14.05.2002	Verhandlungsführung	II	A	
16 – 17.05.2002	Techniques de réunion – Motiver son équipe syndicale	II	F	
30 – 31.05.2002	Techniques de négociation	I	F	
06 – 07.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	I	A	
10 – 11.06.2002	Prise de parole, parler en public en s'affirmant	II	F	
17 – 18.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	II	A	
08 – 09.07.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	II	F	
19 – 20.09.2002	Techniques de réunion Développer un projet syndical	III	F	
26 – 27.09.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	III	F	
29 – 30.10.2002	Développement de la personnalité	III	F	
10 – 11.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	I	A	
24 – 25.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	II	A	

#### V Droit du travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
06 – 07.05.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		F	
09 – 10.12.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		F	

#### VI Droit social

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
29 – 30.04.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		F	
28 – 29.10.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		F	

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).



Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).

Les détails des cours peuvent être demandés auprès de Madame Peggy Hemmer, secrétaire de l'IFES, qui se fera le plaisir de vous les envoyer dans les meilleurs délais. Madame Renata Santini, responsable de formation, se tiendra à votre disposition pour de plus amples renseignements.

**SECTION DES FRONTALIERS  
FRANCAIS**



**CPAM DE THIONVILLE**  
C/O : Monsieur LE DIRECTEUR  
  
2, Allée Bel-AIR  
  
F - 57 311 THIONVILLE CEDEX

**Remarques :**

Mardi : 14H00 à 18H00  
Jeudi : 14H00 à 18H00  
Vendredi : 14H00 à 18H00 (sur rendez-vous)

Affaire suivie par : **F. MARENTI**  
(portable : 06 80 32 32 87)

Audun-Le-Tiche, le 29 janvier 2002

**Concerne : « Rintégration des frontaliers retraités dans le régime local de sécurité sociale ».**

Monsieur Le Directeur,

La loi de modernisation sociale dans laquelle sont intégrés les articles de la nouvelle loi du régime local de sécurité sociale a été promulguée le 18 janvier 2002.

Dès lors, plus rien ne s'oppose à la réintégration des retraités frontaliers au régime local de sécurité sociale.

La Caisse Primaire d'Assurance Maladie de Sarreguemines a déjà donné les directives pour la réintégration des frontaliers qui avaient été exclus suite à la loi sur le régime local du 14 avril 1998.

Pouvez-vous nous confirmer s'il en est de même pour la CPAM de Thionville.

Dans l'attente et avec nos remerciements pour l'accueil que vous réserverez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur Le Directeur, l'expression de nos sentiments distingués.

Le président de section,  
**P. MARENTI**

31, rue Leclerc (Centre socioculturel) B.P. 41 F - 57  
Téléphone: 00 33 3 82 50 32 60 - FAX: 00 3  
Banque Générale du Luxembourg Agence ESCHU-C  
CNDP AUDUN-LE-TICHE: 000119677  
Caisse Epargne Lorraine Nord Agence Audun-le-Tic

**l'Assurance Maladie**  
sécurité sociale  
caisse primaire de Thionville

Thionville, le  
14 février 2002

Notre référence  
02 DA IH/GD

O.G.B.L.  
Section des Frontaliers Français

31 rue Leclerc  
Boîte postale 41  
57390 AUDUN LE TICHE

**Objet :** Rintégration des frontaliers retraités dans le régime local de Sécurité Sociale

Monsieur,

Faisant suite à votre courrier du 29 janvier 2002, j'ai l'honneur de vous apporter les précisions suivantes :

Si la loi de modernisation sociale du 17 janvier 2002 a effectivement élargi l'accès des frontaliers retraités au bénéfice du régime local, elle stipule néanmoins dans son article 36, paragraphe VII, que les assurés concernés doivent en faire la demande "dans un délai et selon des modalités déterminées par décret".

Le Directeur de l'Instance de Gestion du Régime Local d'Assurance Maladie d'Alsace-Moselle nous demande d'ailleurs de différer le traitement des dossiers dans l'attente de précisions qui devraient nous parvenir rapidement.

Dès que nous aurons connaissance de l'ensemble des textes régissant la question, nous serons en mesure d'instruire les demandes dans les meilleures conditions de droit et de délai.

Restant à votre disposition pour toute information complémentaire, je vous prie d'agréer, Monsieur, l'expression de mes sentiments distingués.

Le Directeur adjoint :

Isabelle HUSER

**Déclaration de ressources 2001**



**Travailleurs frontaliers**

**ATTENTION**

Pour que votre déclaration de ressources 2001 soit prise en compte

- ne joignez aucune pièce justificative à votre envoi
- Inscrivez vos revenus en euros dans la rubrique "Salaires"

La rubrique "Revenus perçus à l'étranger" a été supprimée





# Reconnaissance de l'état invalidant des travailleurs frontaliers entre la France et le Luxembourg

Le Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers de la Moselle et la section « Frontaliers » OGB♦L (représentés respectivement par Arsène SCHMITT, Bernard HURREAU pour le CDTFM, Naïma HIRE-CHE, Marie-Jeanne HERNANDEZ et Philippe MANENTI pour l'OGB♦L), ont participé à une réunion de travail à l'Assemblée Nationale organisée par le député mosellan Gilbert MAURER en date du 20 février 2002.

Le but de cette importante réunion, à laquelle participaient des responsables de la Caisse Nationale d'Assurance Maladie, du ministère des Affaires Sociales, de la direction de la CPAM de Sarreguemines et des parlementaires mosellans, était d'examiner le dossier de la non-reconnaissance des taux d'invalidité entre la France et l'Allemagne, ainsi que la France et le Luxembourg.

Il faut savoir que les travailleurs frontaliers, ayant exercé leur activité professionnelle en Allemagne ou au Luxembourg, peuvent se retrouver dans des situations financières très précaires du fait de la différence des critères d'appréciation de chaque pays concernant la reconnaissance de l'état invalidant du travailleur. Aux termes des dispositions du règlement CEE 1408/71 article 40 alinéa 4, il n'existe à l'heure actuelle aucune concordance entre la France et l'Allemagne et le Luxembourg en ce qui concerne la reconnaissance des taux d'invalidité. Chaque pays applique sa propre réglementation en la matière et les critères d'évaluation des taux d'invalidité sont différents.

Les deux présidents des représentants des travailleurs frontaliers ont déclaré lors de cet entretien : « depuis près de 20 ans nous ne cessons de dénoncer ce grave problème plongeant des familles dans la misère. Quand les gouvernements nous parlent d'Europe sociale, il faut aussi qu'ils nous prouvent qu'il y a volonté politique à régler un tel dossier. Ceci ne devrait être qu'une simple formalité. Faute d'accord au niveau européen, où il faut l'unanimité, il faut absolument mettre en place des accords bilatéraux stipulant qu'au moment où un pays reconnaît une personne invalide celle-ci soit reconnue automatiquement par l'autre pays où le travailleur frontalier a exercé. ».

Les organisations des travailleurs frontaliers ont eu l'assurance par les autorités présentes, très sensibles à ce grave problème, qu'à leur niveau, ils prendront contact avec leurs homologues des pays concernés afin qu'une solution satisfaisante soit trouvée.



Philippe Manenti



# PÉTITION

## RETRAITE FRANÇAISE DES TRAVAILLEURS TRANSFRONTALIERS

**Les organisations précitées contestent le calcul discriminatoire de la retraite française des travailleurs transfrontaliers.**

La pension versée aux retraités de la sécurité sociale en France est calculée en pourcentage du Salaire Annuel Moyen, des meilleures années de carrière cotisées à la Sécurité Sociale et donc travaillées en France.

Jusqu'en 1993, on retenait les **dix meilleures années**. Depuis 1994, en application de la Loi Balladur, le nombre de ces meilleures années a augmenté d'une unité chaque année de manière à atteindre **vingt-cinq** en 2008. Il est ainsi de **dix-huit** en 2001.

L'application de ces nouvelles règles a pour conséquence de faire baisser année **après année le montant des pensions** auxquelles ont droit les nouveaux retraités puisque la prise en compte dans le calcul d'années moins favorables aboutit à faire baisser le salaire annuel moyen.

**Elle pénalise plus gravement encore les travailleurs transfrontaliers pour lesquels on retiendra à terme pratiquement toutes les années travaillées en France au lieu de ne retenir que les meilleures.** L'esprit général que dégage le Code de la Sécurité Sociale pour rechercher, définir et calculer les meilleures années n'est plus respecté.

Ainsi, dès 2008 :

- Pour un salarié qui aura travaillé 10 ans en France, on retiendra 10 ans.
- Pour un salarié qui aura travaillé 20 ans en France, on retiendra 20 ans ;
- Pour un salarié qui aura travaillé 25 ans ou plus en France, on retiendra 25 ans.

Il est donc nécessaire d'aménager la Loi Balladur pour ne pas léser les travailleurs frontaliers.

**Nous demandons une modification des règles de calcul avec une proratisation pour définir une période de référence réduite proportionnelle en fonction des années travaillées en France.**

Nom	Prénom	Signature



# Primes RC automobile

## Les frontaliers doivent être exonérés de la taxe sur les contrats d'assurance automobile



Onafhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg  
Confédération Syndicale Indépendante du Luxembourg

### SECTION DES FRONTALIERS FRANCAIS



**Madame Elisabeth GUIGOU**  
Ministre de l'emploi et de la solidarité

127, rue de Grenelle

**75 350 PARIS 07 SP**

**Permanences :**

Mardi : 14H00 à 18H00  
Jeudi : 16H00 à 18H00  
Vendredi : 14H00 à 18H00 (sur rendez-vous)

Affaire suivie par : **P. MANENTI**  
(portable : 06 80 32 32 81)

**RECOMMANDE**

Audun-Le-Tiche, le 19 mars 2002

Madame le Ministre,

Dans le cadre de la réorganisation des ressources du FOREC, (fonds de financement de la réforme des cotisations patronales de sécurité sociale), l'article 13 de la loi de financement de la sécurité sociale pour 2002, (loi N° 2001-1246 du 21 décembre 2001 publié au journal officiel du 26 décembre 2001), affecte à cet établissement public la contribution de 15 % sur les primes RC automobile obligatoire et transforme cette contribution de nature sociale en une imposition de toute nature. Cette loi prévoit notamment la suppression des exonérations de la contribution additionnelle de 15 % dont bénéficiaient certains assurés, notamment les travailleurs frontaliers.

Comme vous le savez, les travailleurs frontaliers sont soumis à la législation sociale du pays d'emploi en vertu des règlements communautaires. Etant donné que le produit de cette contribution de 15 % est transféré au FOREC, (financement des 35 heures), il semble que les frontaliers doivent être tout de même exonérés de cette taxe sur les contrats d'assurance automobile.

Nous pensons également que ce dossier est identique à celui de la CGS et de la CRDS, où l'arrêt de la cour de justice européenne du 15 février 2000 a exonéré les travailleurs frontaliers de ces contributions du fait de leur affiliation à la législation de leur pays d'emploi. Nous vous serions très obligés de bien vouloir examiner cette question à la lumière des règlements communautaires en vigueur et nous informer de votre position sur cette affaire.

Avec nos remerciements anticipés, nous vous prions de croire, Madame le Ministre, à l'expression de notre haute considération.

Le président de section,  
P. MANENTI

31, rue Leclerc (Centre socioculturel) B.P. 41 F - 57390 AUDUN-LE-TICHE  
Téléphone: 00 33 3.82 50 32 50 + FAX: 00 33 3.82 50 32 53  
Banque Générale du Luxembourg Agence ESCH/CENTRE 30-765841-60  
CMDP AUDUN-LE-TICHE: 00011967745  
Caisse Epargne Lorraine Nord Agence Audun-le-Tiche : 08 7249030 01

# Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière



L'OGB+L offre à ses membres depuis toujours une multitude de services dans différents domaines. C'est à ce titre qu'en 1997 nous avons signé un accord de partenariat avec la mutuelle M.G.T.L, affiliée aux Mutuelles de France.

Dans le souci de répondre au mieux à vos attentes et à vos besoins en matière de protection sociale, M.G.T.L vous propose aujourd'hui une nouvelle offre mutualiste "SANTÉ-PREVOYANCE" spécialement créée pour votre statut de Frontalier.



**Vous êtes intéressé :**

il suffit de retourner le coupon réponse  
ci-dessous dûment complété à  
M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT

**Vous avez des questions :**

n'hésitez pas à contacter un(e) des  
conseiller(e) mutualiste M.G.T.L au  
03 82 89 20 03

**COUPON RÉPONSE À RETOURNER À : M.G.T.L - BP 90 - 54190 VILLERUPT**  
Je souhaite recevoir le document "Couverture Santé et Prévoyance Transfrontalière"

Régime Local     Régime Général

Mr     Mme ..... Prénom .....

Adresse .....

Code postal ..... Ville .....





**John Castegnaro**  
Président

## **L'OGB•L fait bouger les choses**

L'affaire Kralowetz a été lancée le 22 janvier 2002 par le parquet de Munich. C'est sans aucun doute à l'OGB•L que revient le mérite de l'avoir thématisée au Luxembourg, empêchant son escamotage sous le tapis. Au travers de cette affaire - emblématique de ce qui se passe dans de nombreux autres secteurs et entreprises - les actions que nous avons menées, ont induit un débat parlementaire suivi d'actes au niveau national et européen. Kralowetz fut également l'un des thèmes abordés par la Commission européenne et lors du Sommet européen de Barcelone et l'on a hâte de savoir quelles seront les réponses et les réactions de la commission parlementaire spéciale et du gouvernement. Dans le cadre de notre action, nous avons reçu le soutien du parti "Déi Gréng", du syndicat Commerce-Transports-Trafic de l'OGB (Confédération syndicale autrichienne) et des services des douanes concernés en Autriche et en Allemagne. Le procès Kralowetz confirme enfin et surtout la position et les déclarations de l'OGB•L, ceci en dépit de toutes les bousculades et "omissions" ministérielles.

Il convient à présent de tirer les enseignements adéquats, de durcir la législation nationale ainsi que de fixer des règles contraignantes, des contrôles et dispositions pénales au sein de l'UE.

Le gouvernement luxembourgeois a réagi en ce sens puisqu'un projet de loi introduisant un permis de travail "E" a été déposé, sur lequel l'OGB•L doit encore se prononcer définitivement. Il se base toutefois sur les revendications et les approches de l'OGB•L, qui avait réclamé l'introduction de règles de quotas à l'embauche de salariés non ressortissants de l'UE, assorties de l'obligation d'intégrer ces salariés aux conventions collectives luxembourgeoises et de les affilier à la sécurité sociale du Luxembourg.

## **La tiédeur sociale de l'UE**

Près de 100.000 syndicalistes et 300.000 opposants à la mondialisation ont manifesté séparément contre une Europe trop peu sociale et dévouée au capital dans un monde globalisé.

Le Sommet de Barcelone a une fois de plus apporté la preuve que l'économie avait la priorité absolue dans la réflexion et l'action et que le social demeurait accessoire. Qui évoque volontiers les 17 millions de chômeurs, ceux qui vivent dans la pauvreté ou les exclus, qui se comptent eux aussi par millions ? Pourquoi, plutôt que de réforme sociale de l'UE, d'harmonisation vers le haut et d'affermissement de la culture sociale européenne, n'entend-on toujours parler que de modernisation et de privatisation ? Celles-ci équivalent au bout du compte à un démontage systématique de nos systèmes actuels, éprouvés, fonctionnant sur la base de la solidarité nationale et d'une forte participation de l'Etat et garantissant constamment une redistribution équitable et une couverture sociale maximale pour tous.

Chez nous et en Europe, les syndicats affrontent un fort vent contraire et devront encore mener d'autres actions sous forme de manifestations de masse afin d'imposer une politique sociale européenne équitable.

## **Et la politique de niche ?**

N'est-elle pas le fruit d'une économie de marché européenne dans laquelle le dumping économique et social priment sur l'ordre, la sécurité et l'humanité ?

Devant les tribunaux, Monsieur Kralowetz affirmait ces jours-ci être en fait victime. Que d'arrogance et d'outrage de la part d'un exploiteur ayant pratiqué l'esclavage moderne de haut vol, y compris pour le compte de nombre d'entreprises sérieuses !

L'OGB•L a enjoint, dans un courrier, le ministre d'Etat à ouvrir le débat sur la "politique de niche" au Luxembourg. En avons-nous besoin et dans l'affirmative, où sont les contraintes légales précises ? Il en va non seulement de la bonne réputation du Luxembourg, mais aussi du destin de travailleurs soumis, par un système brutal et cependant légalisé à vaste échelle, à des méthodes d'exploitation datant des premiers âges du capitalisme.

## **Nous mobilisons**

L'OGB•L veillera à obtenir des réponses concrètes à ses questions. Cela vaut aussi pour les activités de niche telles que le pavillon maritime, les bateliers rhénans et les abattoirs.

Nous exigerons également, avec détermination, la mise en œuvre des augmentations de pension rendues possibles grâce à nos campagnes de mobilisation. L'OGB•L a clairement signalé, dès le 21 janvier, lors d'entretiens avec les ministres concernés, que la réforme des pensions devait absolument entrer en vigueur le 1er mars 2002, rétroactivement le cas échéant ! Les pensionnés du secteur privé ont été spoliés durant trop d'années pour que s'instaure à présent un marchandage sur un mois ou la rétroactivité. Nous saurons alors réagir autrement ... !

Les assemblées générales en cours, qui font salle comble, les nombreuses assemblées de sensibilisation des pensionnés qui réunissent plusieurs milliers de participants et les assemblées générales de travailleurs immigrés montrent que la base de l'OGB•L est et demeure mobilisée.

Il en va de même de la nouvelle campagne "Plus de démocratie et de cogestion dans les entreprises".

Au cours des derniers mois, l'OGB•L a fait bouger les choses et cela va continuer !



# FESTIVAL DES MIGRATIONS



Immigrés

La 19<sup>ème</sup> édition du Festival des Migrations, des Cultures et de la Citoyenneté a connu un énorme succès grâce au nombre d'associations présentes (plus de 150) et au 2<sup>ème</sup> Salon du Livre.

Le stand de l'OGB♦L a été à la hauteur de ce qu'on attend du syndicat numéro 1 du Luxembourg.

Un stand qui a attiré plusieurs milliers de personnes vers notre local.

La nouvelle carte de visite de l'OGB♦L décliné en trois langues, ainsi que la brochure sur le droit à la pension des ex-militaires portugais ont été les plus recherchées.

Des militants du département des immigrés et du syndicat du nettoyage ont assuré une présence forte et permanente pendant les deux journées du Festival.

Nous remercions leur dévouement et leur engagement en faveur de l'OGB♦L

L'année prochaine, nous pouvons et nous devons faire encore mieux !

Eduardo Dias



## ASSEMBLEES GENERALES DU DEPARTEMENT DES IMMIGRES UN NOUVEAU SUCCES !

Plus de 400 personnes ont participé aux assemblées générales du Département des Immigrés.

Differdange, Dudelange, Diekirch, Esch/Alzette, Ahn et Luxembourg ont été les locaux qui ont servi à la démonstration de la force et de la confiance des immigrés dans l'OGB♦L.

Les thèmes traités par les orateurs ont été les pensions, les faillites, Kralowetz, les pensions des ex-militaires portugais, la durée du travail dans le secteur HORECA, la nécessité d'une réforme profonde des lois du travail en faveur des salariés...

Nous devons remercier Carlos PEREIRA, Jean-Claude REDING, Alex TEOTONIO, René PIZZAFERRI pour avoir très bien su exposer la situation économique et sociale que nous vivons actuellement et également démontrer toute la validité des revendications et propositions de l'OGB♦L.

Les participant(e)s ont été magnifiques: pour écouter attentivement les exposés et pour exprimer leurs points de vue.

Les différents comités régionaux ont fait un très grand effort pour offrir un apéritif, une agape, un vin d'honneur à tous ceux et à toutes celles qui ont voulu participer aux assemblées générales.

Vive l'OGB♦L et son Département des Immigrés !

**La prochaine étape sera le 1er Mai  
à THIONVILLE ! Nous y serons !**

Venderam-nos gato por lebre!

## A nova lei não nos defende!

Contrariamente àquilo que se disse, e que nós próprios acreditámos, a lei que foi publicada no passado dia 11 de Fevereiro não reconhece o tempo de serviço militar de todos os Ex-Combatentes. **Fomos enganados!**

Mesmo entre aqueles que estiveram em Angola, Guiné e Mocambique há muitos que não vão ser abrangidos. A maioria dos emigrantes não serão abrangidos por esta lei se não forem subscritores da Caixa Geral de Aposentações ou do Regime de segurança social!

Os emigrantes que saíram de Portugal nos anos 60 e 70 vieram de regiões rurais e todos sabem que nessa época não havia segurança social na agricultura. Não existiam descontos para a Caixa (Segurança Social). Todos se lembram desses homens, de famílias inteiras, escorraçados, espoliados, forçados ao êxodo da emigração!

Terão os deputados e os governantes do nosso país a memória curta?

Como se poderá aprovar uma lei que separa os portugueses, de fora e dentro de Portugal?

Portugal é feito dos que partem e dos que ficam, dizia Jorge de Sena!

Sabemos que ao ler estas linhas, todos os nossos compatriotas, ex-militares, terão um sentimento de decepção e revolta, mas os factos são os seguintes: quando a delegação de França e do Luxemburgo, foram recebidas, no dia 19 de Dezembro pelo Presidente da Assembleia da Republica, Dr.Almeida Santos, receberam a indicação que o problema dos Ex-Combatentes ia ser resolvido com a lei que viria a ser votada em 20 de Dezembro. A imprensa confirmou que os Ex-Combatentes tinham o problema resolvido. Os deputados pela emigração, aproveitaram a ocasião para afirmar em público que tinham sido os percussores desta "grande vitória". Mais tarde, soubemos que nem tinham estudado o projecto da lei antes de o votarem! Afinal até entre os ex-combatentes há muitos que vão ficar de fora.

Vamos intervir junto do Presidente da República, do Embaixador de Portugal, do Provedor de Justiça, dos partidos políticos e dos grupos parlamentares da Assembleia da Republica, para que após as eleições do 17 de Março, uma lei seja votada, para que **TODOS OS EX-MILITARES TENHAM DIREITO A CONTAGEM DO TEMPO DA TROPA E A BONIFICAÇÃO.**



**A luta tem de continuar!**



# Chambre de travail

## Arbeitsminister François Biltgen zu Besuch bei der Arbeiterkammer

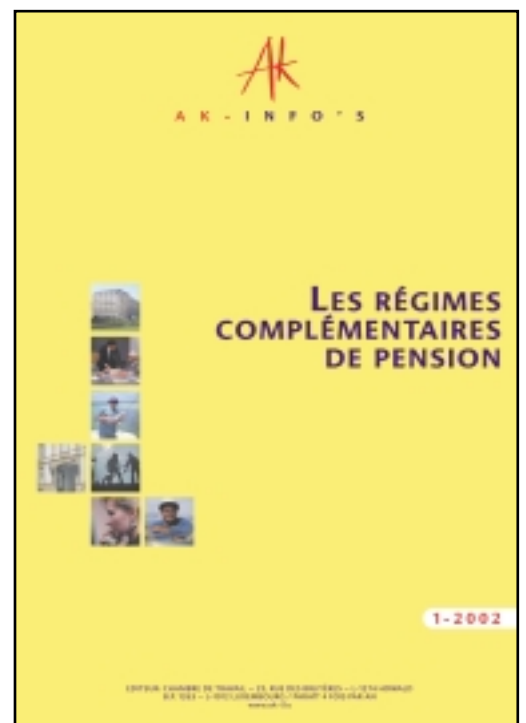


Arbeitsminister Fr. Biltgen war kürzlich Gast bei der Arbeiterkammer im Bildungszentrum in Remich.

Hauptsächlicher Anlass dieses Besuches war die Vorstellung der Pläne für den Bau des neuen Bildungszentrums der Arbeiterkammer.

Die Vertreter der Arbeiterkammer, angeführt von Präsident H. Bossi, stellten dem Arbeitsminister die definitiven Pläne des Projektes vor. Das geplante Bildungszentrum bestehend aus 3 Gebäuden, in einer zentralen Einheit zusammengefasst, setzt sich aus einem Plenarsaal, dem Schulungs- und Verwaltungskomplex sowie einer Hoteleinheit zusammen. Der voraussichtliche Kostenpunkt beläuft sich auf +/- 6,2 Mio €. Der Neubau wird im September 2002 in Angriff genommen. Die Bauzeit beläuft sich voraussichtlich auf 2 Jahre.

Anlässlich dieses Treffens, nahmen die Vertreter der Arbeiterkammer, die Gelegenheit wahr, um sich beim Minister für seinen Einsatz bezüglich einer finanziellen Beteiligung seitens der Regierung zu bedanken.



La future publication de la Chambre de travail à paraître en avril





# + + + MALLORCA SPEZIAL + + +

## Apparthotel **BEN HUR\*\*\***

NOCH FREIE PLÄTZE !

### Pfingstferien

vom 18.-25. Mai 2002

**585.-** €/Pers.

#### Unsere Leistungen:

- Parkvoucher für den Flughafen Findel (1 pro Appart.)
- LUXAIR-Flug Luxemburg - Palma - Luxemburg
- Transfers Flughafen Palma - Apparthotel Ben Hur - Flughafen Palma
- Unterbringung im Apparthotel Ben Hur inklusive Frühstück (7 Nächte)



**NEU !**

**KINDERFESTPREIS FÜR DIE  
GANZE SAISON:**

**NEU !**

2-11 Jahre:

**189.-** €

(bis 3 Kinder)



**Voyages ATOL**



 City Center

**VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80

Fax: 52 52 88 • e-mail: dudelange@flammang.lu



# LE MOT MYSTÉRIEUX

## Le mot mystérieux

Chaque lettre trouvée dans une case numérotée doit être reportée dans la case correspondante de la grille-solution du bas.

A gagner:

- 1<sup>er</sup> prix : 1 réveil électrique
- 2<sup>e</sup> prix : 1 radio
- 3<sup>e</sup> prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 avril 2002 à:

**OGB♦L**  
**Service Information et Presse**  
**B.P. 149**  
**L-4002 Esch/Alzette**

ou inscrivez votre réponse sur notre site internet : <http://www.ogb-l.lu> (rubrique jeux).

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Dissemblution Artichaut farci	Monnaie en Ethiopie Brame	Petits chevaux Plaintive	Jeunes soldats Chiffre	Crochets
Huitre	5			
Héritage		7	Coutumes Requin	
Note Egouttoir		Pierre à plâtre Puits naturel		8
	Petite baie Lieu de travail			Reporte
Disculpa Trop protégées		1	Lawrencium Nymphes des bois	6
9				Harem
Hareng saur Frimas			4	
		Observer Terme		
Bondée	Ilot Parcouru		Greffa Apparu	2
	10		3	Titane
Vase			Camelle	

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

© HACHEL INT. IV/73

02/2002 - Solution: PERMANENTE

Rausch Micheline, Habaye la Neuve (B), 1<sup>er</sup> prix

George Jean-Claude, Errouville (F), 2<sup>ème</sup> prix

Roderich Jean, Everlange (L), 3<sup>ème</sup> prix

C	P	T	L
P	H	I	L
A	L	I	C
K	S	I	O
S	E	I	N
L	E	N	T
P	A	C	T
B	I	E	L
E	P	I	A
T	R	I	E
R	A	T	E
N	E	G	R
S	E	I	S
P	E	R	M
A	N	E	N
T	E		

# KREUZWORTRÄTSEL

diesig	▽	Anmut	▽	▽	histor. westafrik. Reich	dünnere Lichtstreifen	▽	Fels, Schiefer	▽	Gefäß für Schnittblumen	Geistlicher	Ritter der Artusrunde	franz. Mehrzahlartikel	Lissabon in der Landessprache
▷				12				dringende Bitte	▷		▽	▽	▽	▽
längere Fahrt übers Meer		tropisches Nagetier	▷					knausern		unabhängig	▷			
▷	3		7		ein Zugvogel		Körperteil	▷				10		
übermäßig		Arbeitsentgelte		Legende	▷	▽			Ort am Ijsselmeer	▷			Mensch um die zwanzig	
bildhafte Erzählung	▷	▽							9	zeitweilig nicht essen		englisch: nach, zu	▷	▽
ein-stellige Zahl	Schiffstau	österreichischer Tenor (Fritz)	▷				13	Protestmarsch (Kw.)	▷	islam. Rechtsgutachten	▷			8
▷	▽		wirklich			altrömische Silbermünze	▷	▽				Ausflug, Wanderung		am Tage
süd-deutsch: sowieso	▷		nahe legen	▷	▽				6	feierliches Gedicht		Sprengstoff (Abk.)	▷	▽
Kindes-kind	▷				5	Rufname d. ‚Hair‘-Sängerin Kramer		deutscher Motoren-erfinder	▷		1			bayrisch: nein
▷			Sekret	▷		▽								2
Ort bei Zwolle (NL)		franz.: blau	▷	11				Nutztier der Lappen	▷			früherer äthiop. Fürstentitel	▷	

DP-1512-263

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Die Buchstaben der Felder 1 bis 13 ergeben das Lösungswort.

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. April 2002 an:

**OGB♦L-Pressabteilung**  
**Postfach 149**  
**L-4002 Esch/Alzette**

oder geben Sie es auf unsere homepage ein:  
<http://www.ogb-l.lu> (Rubrik Spiele).

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

## Zu gewinnen sind:

- |          |                       |
|----------|-----------------------|
| 1. Preis | 1 elektrischer Wecker |
| 2. Preis | 1 Radio               |
| 3. Preis | 1 Rechenmaschine      |



GUEGGELI

02/2002 Lösung Kreuzworträtsel: GUEGGELI

- |                                  |          |
|----------------------------------|----------|
| Block Roland, Soleuvre           | 1. Preis |
| Rodrigues Domingos, Moutfort     | 2. Preis |
| Heirandt Yvonne, Boevange/Attert | 3. Preis |

**SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES**

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
<b>Esch/Alzette L-4002</b> 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Yasmine Lorang	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
<b>Differdange L-4620</b> 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
<b>Dudelange L-3441</b> 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
<b>Luxembourg L-1490</b> 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Carrilho Beatriz Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
<b>Ettelbruck L-9052</b> 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
<b>Rodange L-4818</b> 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Yvon Moinet		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs 09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
<b>Grevenmacher L-6720</b> 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
<b>Wiltz L-9557</b> 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

**PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie**

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

**SBA**  
Luxembourg  
Tél.: 26 49 69-20

**SPÉCIAL FRONTALIERS**

**Frontaliers français:** \* Centre Socioculturel (M.J.C.) (1<sup>er</sup> étage)  
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche  
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+  
Fax: (0033) 3 82 50 32 53  
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs  
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs  
\* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines  
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51  
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs  
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs  
\* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville  
(bureau de l'union locale CGT)  
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90  
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

**Frontaliers belges:** \* 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon  
Tél.: (0032) 63 23 00 50  
Fax: (0032) 63 22 64 32  
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV  
\* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne  
Tél.: (0032) 61 21 19 87  
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

**Deutsche Grenzgänger:** \* Burgweg 10 - D-54646 Bettingen  
Wolfgang Schnarrbach  
Tél.: (0049) 6527 - 12 79  
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61  
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

**CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES**

Permanences des Euro-conseillers  
Sprechstunden der Euro-Berater



- de l'EURES PED:  
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /  
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz  
Romain Clees in Dülellingen und Grevenmacher  
à Dudelange et à Grevenmacher

**OGB L - CMB**

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs  
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus  
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

**Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"**

**OGB L ETTTELBRUCK** 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01  
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)  
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

**OGB L WILTZ** 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70  
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)  
Terça-Feira 14h30 - 18h00